illustrierte historische hefte 20



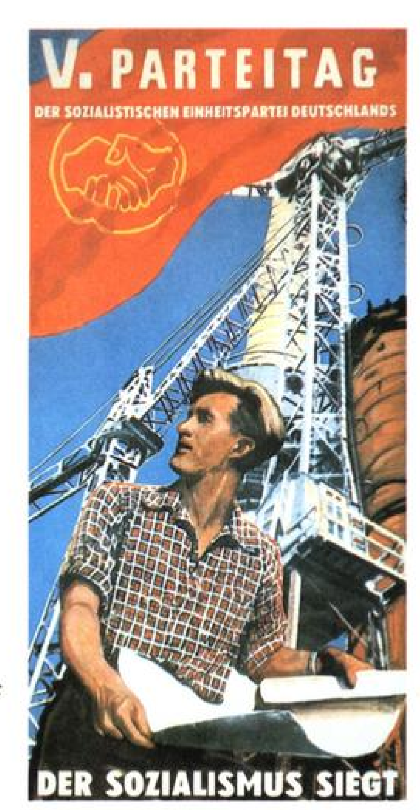
Lied vom Bau des Sozialismus

Es ist das Fundament gelegt,
Die Steine sind geschichtet.
Des Volkes Wille laßt geschehn.
Es soll ein mächtig Werk erstehn!
Kühn sei der Bau errichtet!
Ein Bau, der Stolz den Namen trägt:
Der Bau des Sozialismus!

Ein Bau, wie keiner je zuvor
So gut und fest begründet.
Schön sind die Maße und genau.
„Das Glück für alle" heißt der Bau.
Ein Werk, das Frieden kündet.
Es leuchtet in die Nacht empor
Der Stern des Sozialismus!

Wir baun auf einem festen Grund:
Auf unsres Volks Vertrauen.
Wir baun an einer neuen Welt,
Die glücklich ist und Frieden hält.
O Fahne rot im Blauen!
Die Botschaft fliegt von Mund zu Mund:
Der Sieg des Sozialismus!

Johannes R. Becher



„. . . das Herz klopft mir und hat mir den ganzen Tag geklopft, und zwar deshalb, weil ich vernommen habe, welche gewaltigen Perspektiven sich vor uns eröffnen." Sichtlich bewegt brachte Erich Seifert, Arbeiter im Reichsbahnausbesserungswerk „Wilhelm Pieck" Karl-Marx-Stadt, am Rednerpult des V. Parteitages der SED Gedanken und Gefühle zum Ausdruck, die wie ihn selbst viele der hier versammelten 3 500 Delegierten und Gäste des Parteitages beherrschten; den Genossenschaftsbauern Gustav Drews aus Semlow beispielsweise, den Lehrer Karl-Heinz Lange von der Carl-Blechen-Schule in Cottbus oder auch Rudi Grosse von der MTS Kleeth.

Sicher, sie alle hatten diesen Parteitag gut vorbereitet. Gemeinsam mit ihren Genossen und Kollegen hatten sie in Industriebetrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Schulen ebenso wie in allen anderen Bereichen Bilanz über das in den vergangenen Jahren Erreichte gezogen und beraten, wie die brennendsten Probleme gelöst werden sollten. Viele gute Ideen und Vorschläge, aber auch noch unbeantwortete Fragen, alte und neue Sorgen hatten sie mit auf die Reise nach Berlin genommen.

Um so höher schlug ihnen jetzt das Herz, als sie sich erneut der ganzen Tragweite dessen bewußt wurden, worüber sie nun zu befinden und zu entscheiden hatten. Das Referat, das im Auftrage des Zentralkomitees der SED dessen Erster Sekretär, Walter Ulbricht, vortrug, viele Diskussionsbeiträge und der vor ihnen liegende Beschlußentwurf hatten allen deutlich vor Augen geführt:

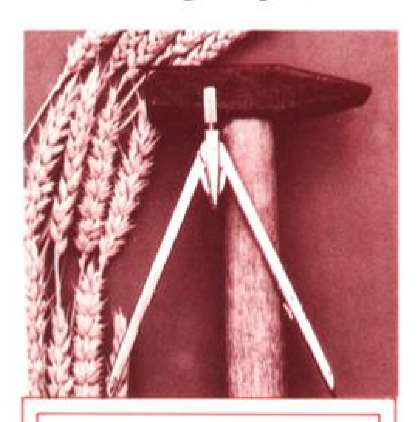
13 Jahre waren vergangen seit dem Ende des verbrecherischen Hitlerkrieges, seit das werktätige Volk begonnen hatte, die Geschicke seines Lebens in die eigenen Hände zu nehmen; neun Jahre zurück erst lag


Mineralölwerk Lützkendorf Ende der fünfziger Jahre – einer der vielen Betriebe, die durch den verbrecherischen Hitlerkrieg nahezu völlig zerstört waren, in Volkseigentum übergeführt und wiederaufgebaut wurden.



Eröffnung des V. Parteitages der SED: von links: Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Friedrich Ebert, Heinrich Rau, Hermann Matern, Herbert Warnke.

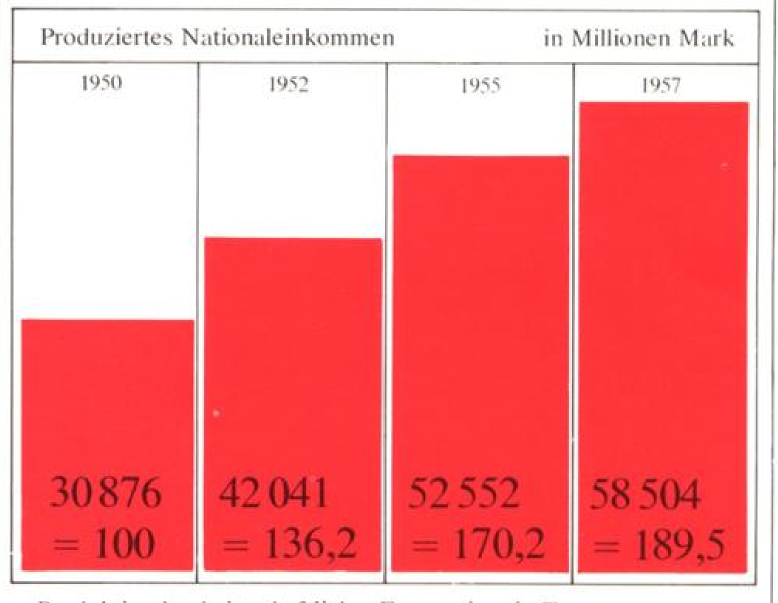
die Gründung des Staates, den sie selbst und ihresgleichen – Arbeiter, Bauern und andere Werktätige – leiteten. Wie gewaltig hatte sich



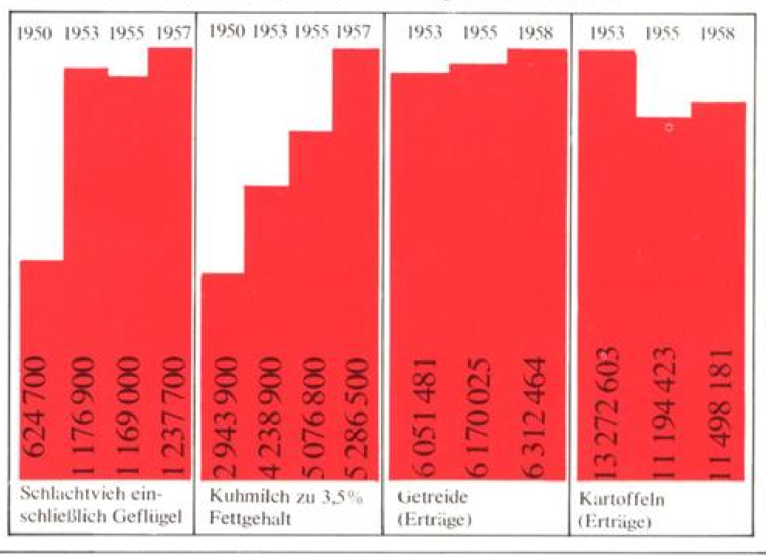
Sozialistische Produktionsverhältnisse sind die Beziehungen der werktätigen Menschen im Produktionsprozeß von Betrieben, die dem Volke gehören, und in einem Staat, in dem die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Es sind Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und der gegenseitigen Hilfe, die auf der Gemeinsamkeit der Interessen an der Erhöhung der Ergebnisse der Arbeit und der Verbesserung des Lebens beruhen.

Aus dem Protokoll des V. Parteitages der SED

Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens und der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse



Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Tonnen

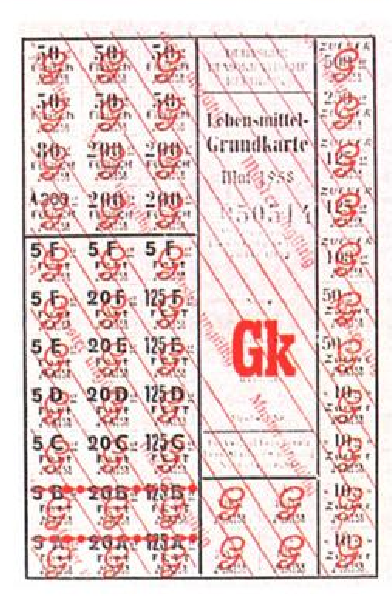


Anteil der Eigentumsformen am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts 1957 (in Prozent)

	Volkseigene Betriebe	Genossenschaftliche Betriebe	Halbstaatliche Betriebe	Privatbetriebe
Insgesamt	66,4	7,7	0,9	25,0
Industrie	84,6	3,1	1,3	11,0
Land- und Forstwirtschaft	15,2	16,6	–	68,2



doch in dieser Zeit ihr eigenes Leben verändert! Vieles, was sie damals kaum zu erträumen gewagt hatten, war bereits Wirklichkeit geworden. Welch ein erhebendes, glückliches Gefühl, sein eigenes Denken und Tun in diesen großen Zusammenhängen zu sehen! Ja, es war in der Tat die größte revolutionäre Umwälzung im Leben des deutschen Volkes, die sie selbst miterlebten und mit ihren Genossen und Kollegen täglich mitgestalteten: der Übergang von der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft zum Sozialismus.
Und nun sollten sie mit darüber entscheiden: Wie sind die beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus erreichten Ergebnisse im Maßstabe der ganzen Republik einzuschätzen? Wie soll es auf diesem Wege weitergehen? Welche Ziele können und müssen in den nächsten Jahren erreicht werden?
Für Erich Seifert, Gustav Drews, Karl-Heinz Lange, Rudi Grosse und selbstverständlich auch für viele andere Delegierte war es durchaus noch nicht alltäglich, in solchen Dimensionen zu denken. Um so wichtiger war es für jeden einzelnen, das Wissen und die Erfahrungen aller Delegierten zu gemeinsamen Erkenntnissen zusammenzufügen und in die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge einordnen zu können.
Alle Analysen besagten und alle Erfahrungen bestätigten: In der DDR war der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus schon so weit vorangeschritten, daß diese Etappe in absehbarer Zeit im wesentlichen abgeschlossen werden konnte. Es galt, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu



Eine der letzten Lebensmittelkarten. Ab Juni 1958 wurde die Rationierung von Lebensmitteln aufgehoben.

führen und die Errungenschaften des werktätigen Volkes noch sicherer gegen alle Feinde und alle Gefahren zu schützen. Damit eröffnete sich wirklich eine erregende und begeisternde Perspektive. Dieses Ziel zu erreichen, forderte – darüber waren sich die Parteitagsdelegierten im klaren – viele neue Gedanken, die Tatkraft und den Einsatz aller Bürger der DDR. Denn wie viele Fragen und Probleme waren damit verbunden!
Erich Seifert, Gerhard Draheim und andere Delegierte aus volkseigenen Industriebetrieben hatten dem Parteitag darüber berichtet, mit welchen Schwierigkeiten die Arbeiter allein deshalb zu ringen hatten, weil es oft an den benötigten Rohstoffen mangelte, weil der Strom abgeschaltet wurde, weil

Das Volkseigentum an den Produktionsmitteln und die neuen Organisationsformen der Industrie bieten die Möglichkeit und verlangen geradezu nach einer rationellen Umgestaltung und Konzentration der Produktion ... Die Produktion darf nicht zersplittert bleiben. Sie muß überall, wo es nur geht, in großen Serien konzentriert werden ...
Neben der Errichtung neuer Anlagen und der Anwendung neuer Verfahren muß der klugen Ausnutzung und der zweckmäßigen Kombinierung vorhandener Anlagen und Ausrüstungen größere Beachtung zugewandt werden ...

Die isolierte Arbeit der Einzelbauern in ihrem kleinen Betrieb führt zur Stagnation der Produktivität im privaten Sektor der Landwirtschaft. Durch die ungleichmäßige Entwicklung der Bauernwirtschaften steigt die Gesamtproduktion der Einzelbetriebe nur noch wenig, da diese beschränkten Produktionsverhältnisse die Ausnutzung und Entfaltung der modernen Agrarwissenschaften mit der modernen Technik hemmen. Dieser Widerspruch läßt sich nur durch den Zusammenschluß der Einzelwirtschaften zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften lösen, die die Ausnutzung und Entfaltung der neuen Produktivkräfte ermöglichen und damit die Voraussetzung schaffen, die landwirtschaftliche Produktion planmäßig zu steigern.

Aus dem Protokoll des V. Parteitages der SED

Maschinen und Ausrüstungen überaltert waren, weil die Arbeitsorganisation nicht immer klappte und die Produktion der Betriebe noch ungenügend aufeinander abgestimmt war. Obwohl in der Industrie das Volkseigentum bereits eindeutig dominierte, einer sozialistischen Produktionsweise entsprach vieles noch nicht. Es waren also weitere, generelle, die gesamte Industrie der DDR umfassende Veränderungen erforderlich.

Auch in der Landwirtschaft traten ernste Widersprüche und Probleme zutage. Gustav Drews zum Beispiel hatte den Parteitagsdelegierten plastisch geschildert, welche Kämpfe es kostete, einzeln wirtschaftende Bauern – die ja noch immer die Mehrheit der Landbevölkerung ausmachten – für den Beitritt zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gewinnen. Doch wie rasch könnte die Versorgung der Bevölkerung der DDR mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen verbessert werden, wie tiefgreifend würde sich schließlich das gesamte Leben auf dem Lande verändern, wenn hier in den nächsten Jahren der entscheidende Umbruch gelänge!

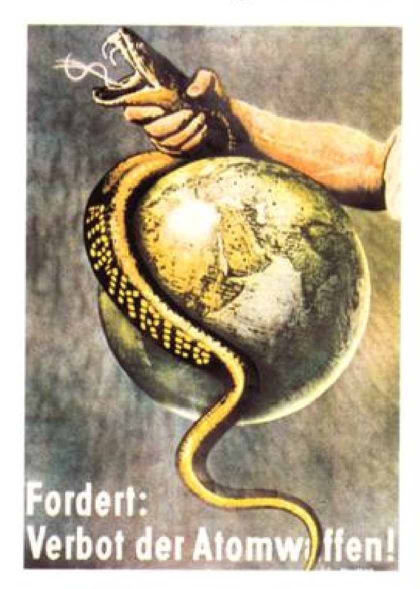
Wie eng all diese Probleme in Industrie und Landwirtschaft mit neuen Anforderungen an die fachliche und politische Bildung der Werktätigen, vor allem der Jugend, verflochten waren, zeigten neben anderen Diskussionsrednern der Lehrer Karl-Heinz Lange und der Genossenschaftsbauer Erich Bauer. Zweifellos war auch in dieser Hinsicht schon viel erreicht. Aber wieviel hier noch zu tun war, ging bereits daraus hervor, daß die achtklassige Grundschule offensichtlich künftigen Erfordernissen schon nicht mehr genügte.

Für alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens formte sich vor den Augen der Parteitagsdelegierten ein immer klareres Bild von der Zukunft und dem Weg dahin.

Glatt und einfach würde es für die Werktätigen der DDR in den nächsten Jahren nicht sein – das war klar. Aber die gesteckten Ziele mußten und würden sie erreichen, auf jeden Fall! Nicht zuletzt die anwesenden Gäste aus 46 Bruderparteien – aus der Sowjetunion, allen anderen sozialistischen und vielen kapitalistischen Ländern – hatten den Delegierten erneut bewußt gemacht, was gerade von ihnen, den Mitgliedern der SED, von ihrem Lande, der DDR, erwartet wurde. Eben hier würde in den nächsten Jahren ein entscheidendes Wort in der Frage zu sprechen sein, die Millionen Werktätige zutiefst bewegte: Wird es auch weiterhin gelingen, in Europa den Frieden zu erhalten?

Alle Überlegungen und Entscheidungen der Parteitagsdelegierten waren auf diese oder jene Weise mit dieser Frage verknüpft. Es zeigte sich immer wieder: Eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa war es, die Deutsche Demokratische Republik noch fester in die Gemeinschaft sozialistischer Länder einzufügen und sie so zu stärken, daß die imperialistischen Mächte den geplanten Angriff gegen sie nicht wagen konnten.

Der Parteitag hatte über die Aufgaben für die nächste Zeit beraten und den Weg abgesteckt. Deutlicher sahen die Delegierten nun auch die großen Zusammenhänge des Werdens und Wachsens der DDR in den nächsten Jahren vor sich: Weitere, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende und miteinander verbundene revolutionäre Veränderungen, die zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR führen mußten, die die Republik für alle sichtbar als eine starke Bastion des Friedens festigten und der Gestaltung des gesamten Lebens nach sozialistischen Grundsätzen völlig neue Perspektiven eröffneten.





Die Kernfrage bei der Weiterentwicklung des Schulwesens ist die Einführung des polytechnischen Unterrichts und die Erziehung der Kinder zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen.

Das Hauptinstrument bei der erfolgreichen Lösung der hier gestellten Aufgaben ist unser Staat. Das Tempo unserer weiteren Entwicklung wird wesentlich bestimmt von der aktiven Teilnahme der Werktätigen an der Lenkung und Leitung des Staates.

Wir stehen in der vordersten Front des sozialistischen Lagers, an der offenen Hauptkampflinie zwischen den beiden Weltsystemen in Westeuropa. Auf deutschem Boden stehen sich Sozialismus und Kapitalismus gegenüber. Unsere Aufgabe ist es darum, in Deutschland, im Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus, im Lande von Karl Marx und Friedrich Engels, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten praktisch zu beweisen.

Aus dem Protokoll des V. Parteitages der SED

Jawohl, wir haben die MACHT

Da haben die sich also schon wieder etwas Neues ausgedacht! Ein bißchen gereizt, im Grunde aber doch voller Anerkennung und Hochachtung sprachen die Aluminiumwerker im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld von ihren Kumpeln Martin Nagel, Bernhard Büchner und den drei anderen aus der Jugendbrigade, die das Parteiabzeichen der SED trugen. Zufrieden können die wohl nie sein? Erst im Juni, als in der Halle IV des Aluminiumwerkes die Jugendbrigade entstanden war, hatten sie durchgesetzt, daß sich das junge Arbeiterkollektiv gleich große Aufgaben stellte und sich den Namen „Nikolai Mamai“ gab. Na ja – sie hatten schon damals recht behalten. Der Gedanke dieses sowjetischen Neuerers, den Plan der Brigade genau auf jeden Tag aufzuschlüsseln und täglich abzurechnen, hatte sich wirklich bewährt. Mit der Planerfüllung und in der Lohntüte stimmte es bei dieser Brigade seitdem immer. So war es ihr auch nicht weiter schwergefallen, sich dem Wettbewerbsaufruf der Brigade Rosenau aus Magdeburg anzuschließen. Einige Tage Planvorsprung mehr würden sich so schon noch rausholen lassen. In manchen anderen Brigaden sah es ja viel schlechter aus. Die würden sich viel

2 293 790 Werktätige aus allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich am sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der SED beteiligt. 579 367 von ihnen waren dem Beispiel des Baggerführers Willi Wehner aus dem Braunkohlenwerk Thräna und des Bundaufziehers Günter Christoph aus dem Federnwerk Zwickau gefolgt, die nach dem Vorbild des sowjetischen Neuerers Nikolai Mamai begonnen hatten, den Plan des Betriebes auf jede Brigade und jeden Tag genau aufzuschlüsseln und täglich abzurechnen. Dem V. Parteitag gingen noch während seiner Beratungen 1 314 Grußbotschaften und Zustimmungserklärungen aus allen Bevölkerungsschichten zu. Unmittelbar danach nimmt der sozialistische Wettbewerb einen weiteren starken Aufschwung.

Bauern-Echo

NEUE ZEIT

National-Zeitung

Der Morgen

Wir schaffen es ganz bestimmt

Genosse Erich Mückenberger vor Werktätigen der Landwirtschaft:

Ganze Dörfer neu gestalten

Torgau (ND). In einer Mitgliederversammlung der Parteiorganisationen des MTS-Bereichs Elsnig im Kreis Torgau sam mit den Bauern überlegen, wie sie ganze Dörfer umwandeln und dabei das bereits Vorhandene sinnvoll ausnutzen

Otto Grotewohl

Revolutionäre Taten entscheiden

In einer außerordentlichen Sitzung beschäftigte sich am Mittwoch der Rat des Bezirks Gera,

Genosse Prof. Kurt Hager vor Wissenschaftlern:

Höhere Leistungen der Wissenschaft

Genosse Hager erklärte, daß die Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitages gemessen wird an den höheren Produktionserfolgen, höheren Ergebnissen der Landwirtschaft, der höheren Leistung und besseren Arbeit der wissenschaftlichen Institute und nicht zuletzt an der besseren Bildung unserer Studenten und Schüler. Er gab eine Reihe von Hinweisen für die künftige Arbeit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre in Jena.

Prof. Dr. Roth, Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre, legte dar, daß der Diplomlandwirt der DDR so ausgebildet werden muß, daß er leitender Funktionär eines sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebes sein kann, und daß deshalb in diesem Institut bewußt die Verbindung zur sozialistischen Praxis gesucht wird.

Neue Kampfziele im Wettbewerb

Werktätige folgen der Brigade Rosenau aus dem Thälmann-Werk Magdeburg

30 000 Uhren aus Ruhla

Bergleute antworten Schmiedekumpeln

Jugendbrigade Rosenau schlägt Weiterführung des Wettbewerbs bis Jahresende vor



Führende Funktionäre der SED unterstützen die Parteiorganisationen und die Werktätigen in vielen Betrieben und Kreisen, sich mit den Ergebnissen des V. Parteitages vertraut zu machen.
Erich Honecker, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, im Gespräch mit Kumpeln im VEB Kalikombinat „Ernst Thälmann" in Merkers, Kreis Bad Salzungen.



Mitglieder der Brigade „Nikolai Mamai" bei ihrer täglichen Arbeit. Im Ergebnis der sozialistischen Rekonstruktion des Aluminiumwerkes trat Maschinenkraft an die Stelle der schwersten körperlichen Arbeit, und die Produktion konnte gesteigert werden.

Wir wollen auf sozialistische Weise arbeiten, lernen und leben

Unsere Jugendbrigade in der Halle IV des Alu-Werkes I fand sich zu Beginn des Jahres 1959 zu einer Aussprache zusammen. Das war am 3. Januar, dem Geburtstag unseres Präsidenten Wilhelm Pieck. Gerade an diesem Tag hielten wir eine kurze Rückschau über unsere vergangene Arbeit und beschäftigten uns mit den Aufgaben, die unsere Jugendbrigade im kommenden Jahr zu erfüllen hat.

Deshalb haben wir uns das Ziel gestellt, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, um eine „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu werden.

Sozialistisch arbeiten

wollen wir, indem wir nach der Methode Christoph-Wehner und entsprechend dem Vorbild unserer Brigade Nikolai Mamai, täglich den Plan übererfüllen, um bis zum 30. Juni 1959 vier Tage Planvorsprung zu erreichen. Dabei werden wir (zur Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts) mit Hilfe unseres Paten, des Ingenieurs Siegfried Meyer, eine neue Methode der Zuführung der Tonerde anwenden, um die körperliche Arbeit zu erleichtern, Selbstkosten zu senken und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Wir wollen Verlust- und Wartezeiten ausschalten (Seifert-Methode) und das sozialistische Leistungsprinzip noch besser verwirklichen. Zu der im Jahre 1959 vorgesehenen Senkung des Stromverbrauchs um 150 kWh pro Tonne Aluminium wollen wir eine weitere Senkung um 150 kWh pro Tonne erreichen. Ferner wird das Auftragen der Tonerde statt bisher von Hand mit einem fahrbaren Dosiergerät erfolgen.

Sozialistisch lernen

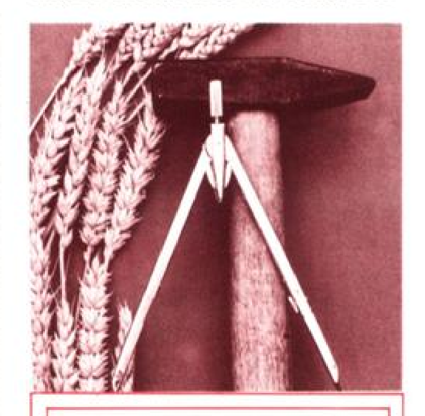
wollen wir, indem alle Brigademitglieder ihre theoretischen Kenntnisse über die elektrochemischen Vorgänge in ihren Elektrolyse-Öfen erheblich verbessern. Wir streben für alle Brigademitglieder an, daß sie die Qualifikation der Lohngruppe VI erreichen.

Sozialistisch leben

wollen wir, indem sich die ganze Brigade für jeden einzelnen und jeder einzelne für die Brigade als Kollektiv verantwortlich fühlt. Richtschnur unseres Handelns sollen die vom V. Parteitag beschlossenen 10 Gebote der sozialistischen Ethik und Moral sein. 291

Deshalb werden wir gegen alle Überreste der Arbeitsbummelei und Trinkerei entschieden kämpfen. Wir Mitglieder der Jugendbrigade wollen ständig aus den politischen und fachlichen Erfahrungen klassenbewußter Arbeiter lernen. Wir erstreben, daß die Freunde unserer Brigade das Buch des Monats lesen, um auf diese Weise zu erreichen, daß jedes Mitglied sich eine Hausbibliothek schöngeistiger Literatur zulegt. Wir wollen uns bemühen, daß unsere Frauen am Leben der Brigade teilhaben. Dazu gehören auch Brigadenachmittage. Wir wollen uns in wahrer Freundschaft bei der Arbeit, beim Lernen und im Leben gegenseitig helfen.

mehr plagen müssen, um das zu schaffen.
Aber dem Büchner, dem Nagel und ihren Genossen reichte das noch immer nicht. Nun waren sie gekommen und hatten gesagt: Jungs, der V. Parteitag der SED hat noch viel höhere Maßstäbe gesetzt. Die Republik braucht viel mehr Aluminium. Deshalb müssen wir hier alles umkrempeln!
Hier alles umkrempeln! Das sagte sich so leicht. Aber wie denn? Bes-



Alle Schranken müssen niedergerissen werden, die die Massen vom Wissen um die Entwicklung der Gesellschaft und Natur trennen. Der ganze Reichtum des Wissens ist in die Massen zu tragen, damit sie in der Lage sind, die politische Macht auszuüben, das heißt den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft zu vollziehen und so die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft und damit auch der Menschen selbst durchführen zu können.

Aus dem Protokoll des V. Parteitages der SED

sere Technik haben! Das wäre natürlich was! Wie sah es denn hier in der Aluminiumhütte aus? Gearbeitet wurde noch wie vor Jahrzehnten, wie in fast vergessenen Zeiten, als der Betrieb zu der kapitalistischen Aluminiumhütten GmbH gehörte. Muskelkraft war ein Hauptelement der Arbeit. Aluminium wurde bei hohen, elektrisch erzeugten Temperaturen in großen wannenähnlichen Behältern geschmolzen. Dabei mußte mit Schaufeln und Eimern Tonerde – ein weißes Pulver – auf diese heißen Bäder aufgetragen werden. Dichte Staubwolken hüllten dabei die Arbeiter ein. Auf dem Aluminiumbad bildete sich eine harte Kruste. 18 Kilogramm wog die Brechstange, mit der diese Kruste immer wieder aufgebrochen werden mußte. Schippen, Staub schlucken, mit der Brechstange hantieren – das war ihr Arbeitsrhythmus, acht Stunden wechselweise in drei Schichten.

Das alles umzukrempeln wäre schon gut. Aber der Büchner und der Nagel hatten gesagt, sie selbst, die Brigade sollte das tun – ausgerechnet sie! Darüber hatten sich doch schon Ingenieure vergeblich den Kopf zerbrochen.

Aber da war der Jungingenieur Siegfried Meyer, der Pate der Brigade. Bisher habe man keinen Weg gefunden, das stimme schon, meinte er. „Die meisten Ingenieure kennen eben eure Arbeit zu wenig und ihr – das ist kein Vorwurf – wißt zu wenig über die chemischen Prozesse, die sich bei der Aluminiumproduktion abspielen. Produktionsarbeiter und Ingenieure müßten sich viel mehr zusammentun, um die schwere körperliche Arbeit zumindest teilweise durch Maschinenarbeit zu ersetzen." Das leuchtete zwar ein, aber es dachten





Aus der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" gehen neue revolutionäre Taten hervor. Die Weberin Irmgard Richter vom VEB Textilkombinat Zwickau geht im August 1959 trotz zeitweilig geringeren Verdienstes aus ihrer sehr gut arbeitenden Brigade in eine zurückgebliebene, um diese rasch voranzubringen. Sie erklärt: „Was nützt mir eine halbe Mark mehr, wenn die Bonner Militaristen mit ihrer Atomrüstung zum Zuge kämen und es Krieg gäbe. Damit nicht die, sondern wir den Wettlauf gewinnen, übernehme ich die Brigade im Werk I."

Die Brigade „Fritz Weineck" aus den Leuna-Werken arbeitet unter der Losung „Keiner siegt ohne den anderen!" einen Wettbewerbsplan aus, nach dem sie ihre Verpflichtung erst dann als erfüllt betrachtet, wenn auch ihr Wettbewerbspartner das Ziel erreicht hat.

ja längst nicht alle so wie Siegfried Meyer, den die Kumpels längst als einen der ihren betrachteten. Zwischen den Männern in den rauhen Arbeitsanzügen und den „Weißkitteln" gab es im allgemeinen noch einen großen Abstand. Doch Bernhard Büchner ließ nicht locker: „Anfangen müßten wir auf alle Fälle bei uns selbst. Wir müßten lernen und hier mit dem Verändern beginnen. Wir haben doch hier die Macht!" – hielt er ihnen immer wieder vor.
Lange und hitzige Debatten gab es gerade darüber. Verärgert waren die Kumpels, weil die BGL ihre Vorschläge und Kritiken zu wenig beachtete und der Betriebsleiter sich zu selten bei ihnen sehen ließ. „Du bist doch Mitglied der Parteileitung", sagten sie. „Verändert doch mal etwas!" Dem stimmte Bernhard Büchner zu, dafür wollte er sich einsetzen. „Aber gleichzeitig", so meinte er, „müßten wir hier alle gemeinsam die Macht richtig gebrauchen lernen." Und das bedeutete vor allem, die eigenen Reserven auszuschöpfen. Einige aus der Brigade, Franz Bäse und Emil Quast zum Beispiel, unterstützten Bernhard Büchner sofort. Außerdem müßten wir uns über all das, was mit der Macht noch zusammenhängt, einmal ausführlicher unterhalten, schlugen sie vor. Mit älteren Genossen müßte man einmal sprechen, die unseren Staat mit geschaffen haben, oder auch mit einem Abgeordneten.
Immer mehr Kumpels der Brigade schlugen sich auf die Seite von Franz Bäse, Bernhard Büchner und der anderen, die diese Diskussion ausgelöst hatten. Selbst jene, die sich anfangs gesträubt hatten, diskutierten bald nicht mehr darüber, wer etwas verändern sollte, sondern darüber, was sie selbst tun könnten und wollten. Dabei fielen nicht nur sanfte Worte. Um Qualifizierung ging es, um das Verhältnis der Kollegen untereinander, um die Einstellung zur Arbeit, um die Arbeitsorganisation und auch um die Gestaltung der Freizeit. Irgendwie hing das ja alles zusammen.
Dann war es so weit: Als am Montag, dem 5. Januar 1959, die Arbeiter des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld die Frühschicht begannen, meldete der Werkfunk: Die Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus der Halle IV des Aluminiumwerkes I hat sich das Ziel gestellt, den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu erlangen. Sie will auf sozialistische Weise arbeiten, lernen und leben. Alle Brigaden des Kombinats sind aufgerufen, ebenfalls den sozialistischen Wettbewerb mit diesem Inhalt zu führen.
Noch am gleichen Tage verbreitete die Betriebszeitung in einem Extrablatt den Aufruf der „Mamais". Einen Tag später berichteten bereits alle Rundfunksender und Zeitungen der DDR darüber. Täglich, ja stündlich schlossen sich Kollektive vor allem aus Chemiebetrieben, dem Maschinenbau, den Bergwerken, von Großbaustellen, aber auch aus allen anderen Bereichen, dem Wettbewerbsaufruf der „Mamais" an. Denn auch bei ihnen, in Tausenden Brigaden, hatten der V. Parteitag der SED und das Beispiel sowjetischer Arbeitskollektive, die in ihrem Land um den Ehrentitel „Brigade der kommunistischen Arbeit"

Entwicklung der Bewegung der sozialistischen Arbeit

Im Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" stehende Brigaden

	Anzahl	Mitglieder
1959 15. Juni	16 307	192 001
15. Dez.	59 364	706 657
1960 15. Juni	120 598	1 503 850
15. Dez.	130 047	1 664 208

Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit

	Anzahl	Mitglieder
1959 15. Juni	11 239	95 628
15. Dez.	25 684	213 792
1960 15. Juni	36 045	290 798
15. Dez.	37 912	306 298

Die Jugendbrigade „Max Reimann" vom Kabelwerk Oberspree hat mit Freude und Begeisterung den Aufruf der Jugendbrigade „Nikolai Mamai" von EKB studiert. Wir beglückwünschen die Jugendfreunde für ihre beispielgebende Initiative. Wir sind der Meinung, daß dieser Aufruf von keinem Arbeiter, insbesondere Jungarbeiter, der DDR überhört werden darf. In dieser Form des Wettbewerbes ist der Erfolg des Planjahres 1959 garantiert.
Alles, was zu einem sozialistischen Menschen gehört, stellt sich diese Brigade zum Ziel. Wir haben den Aufruf richtig verstanden. Wir setzen uns ebenfalls das Ziel.
Unsere Antwort lautet: Wir machen mit!

Aus dem Brigadetagebuch





Zum ersten Mal werden zum 10. Jahrestag der Republik die 103 besten Kollektive mit der hohen staatlichen Auszeichnung „Brigade der sozialistischen Arbeit" geehrt. Die Initiatoren der Bewegung, die „Mamais", erhalten den Nationalpreis.

kämpften, zu ähnlichen Gedanken und Diskussionen geführt. Der Aufruf der „Mamais" war der Funke, an dem sich diese Diskussionen erneut und stärker entzündeten, der viele zum gründlicheren Nachdenken und zu größeren Aktivitäten anregte. Sozialistisch arbeiten, lernen und leben als eine Einheit zu betrachten und mit diesem Ziel den Wettbewerb zu führen – nur das konnte den notwendigen raschen Aufschwung auf allen Gebieten bringen, das entsprach den neuen großen Aufgaben.

Noch im Januar 1959 beschloß das Zentralkomitee der SED, diese neue Form des sozialistischen Wettbewerbs mit der ganzen Kraft der Partei zu fördern. Denn im praktischen Leben, so wurde betont, vereinten sich hier alle Hauptrichtungen des Kampfes um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Natürlich war weder bei den „Mamais" noch bei anderen, die den Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" aufnahmen, die Sache mit dem Aufruf abgetan. Im Gegenteil: Jetzt ging es erst richtig los. Das „sozialistisch Arbeiten, Lernen und Leben" mußte ja nun Wirklichkeit werden. Leicht war das nicht. Sich beispielsweise abends nicht mehr so oft an den Biertisch, sondern auf die Schulbank zu setzen, um den Facharbeiterbrief zu erlangen oder sich wie die Kollegen Büchner, Schröder und Nagel gar auf die Meisterprüfung vorzubereiten, öfter mal mit der ganzen Brigade und deren Familienangehörigen ins Theater zu gehen und außerdem noch an Verbesserungsvorschlägen zu knobeln – das hieß auch bei den „Mamais" wirklich mit alten Gewohnheiten brechen. Einige von den „Mamais" wollten die Flinte ins Korn werfen. Sie meinten: sozialistisch arbeiten und auch lernen mache ich mit – aber sonst laßt mich in Ruhe. Wieder und wieder gab es recht heiße Debatten. Und immer waren es vor allem die Genossen, die die anderen mitrissen und den Kumpeln halfen, falsche Auffassungen zu überwinden. Trotz der vielen Diskussionen, oder gerade weil es sie gab, weil freimütig über alles gesprochen wurde – machte es jetzt viel mehr Freude, in und mit dieser Brigade zu arbeiten, zu lernen und zu leben. Das ganze Leben wurde viel interessanter und sinnvoller.

So großes Aufsehen und so hohe Anerkennung hatten anfangs weder die Bitterfelder Aluminiumwerker noch all die anderen erwartet, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" kämpften. Erstaunt waren einige der „Mamais" gewesen, als die Zeitungen schrieben: Sie hätten auf hervorragende Weise gezeigt, wie die vom V. Parteitag begründete Forderung realisiert werden könne, die Volkswirtschaft der DDR auf sozialistische Weise zu rekonstruieren und zu rationalisieren. Was hieß das eigentlich: Sozialistische Rekonstruktion und Rationalisierung der Volkswirtschaft? Welcher Zusammenhang bestand zwischen der Umgestaltung der alten Aluminiumhütte und dem, was in der Volks-

... als wir mit unserer Jugendbrigade ein Beispiel für bessere Arbeit schaffen wollten, haben wir nicht nur Musterknaben zusammengestellt. Wir waren Arbeiter wie in allen Betrieben. Wir waren damals 5 Genossen, die Brigade selbst bestand aus 25 Mann ... Wir haben in der Brigade junge Menschen, die nur eine drei- oder vierjährige Schulausbildung haben. Als sie zur Schule gehen mußten, wurden sie durch den verfluchten Krieg aus einem Land ins andere gehetzt. Heute sind sie 26 bis 28 Jahre alt und können sich ihrer Verantwortung und Macht noch gar nicht voll bewußt sein.

Da haben wir angefangen zu lernen. Wir haben nicht nur fachlich gelernt, sondern auch politisch. Wenn es im Kopf klar ist, kann man besser arbeiten. Wir fragten uns: Muß man erst die Produktion bringen, und dann kommt das Bewußtsein? Oder muß man erst das Bewußtsein verändern, damit eine höhere Produktion kommt?

Wir entschlossen uns, doch bei den Klassikern nachzulesen. Wir haben gemeinsam gelesen und uns dann alte Genossen hinzugeholt. Sie haben uns aus ihrem Leben erzählt. Hand in Hand damit ging unser Kampf darum, daß Werkleitung und BGL die Vorschläge und Kritiken der jungen Arbeiter besser beachten. So entwickelte sich bei den jungen Arbeitern langsam das Gefühl:

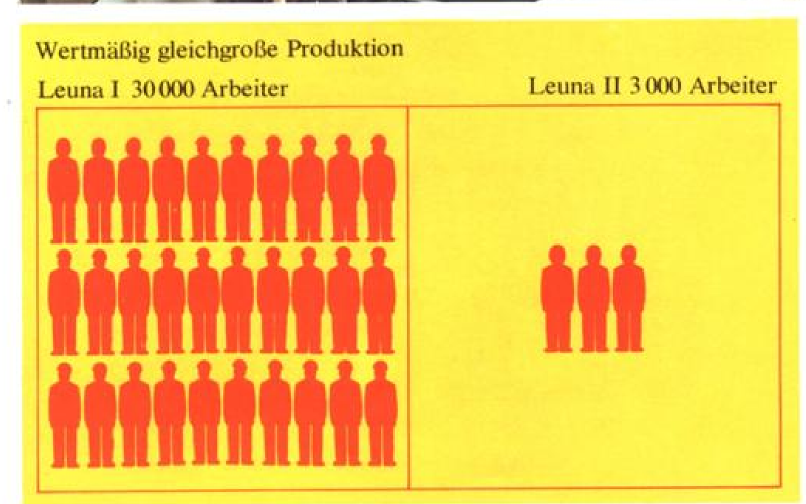
Jawohl, wir haben die Macht!

Bernhard Büchner, Brigadier der Brigade „Nikolai Mamai"


Die Republik ein
BAUPLATZ
Stralsund
Werft
Überseehafen
Rostock
Wismar
Werft
Erdöl-
verarbeitungswerk
Rheinsberg
Kernkraftwerk
Schwedt
Papierfabrik
Elbe
Salzwedel
Schwefelsäurewerk
Oder
Fernsehkolbenwerk
Friedrichshain
West-
berlin
Berlin
Havel
Halbleiterwerk
Frankfurt
Hüttenindustrie
Eisenhütten-
stadt
Asbestwerke
Magdeburg
Chemie-
faserwerk
Gipsschwefelsäurewerk
Guben
Coswig
Wärmekraftwerk
Lübbenau
Bode
Vockerode
Kraftwerk
„Elbe"
Vetschau
Wärmekraftwerk
Rappbode-Talsperre
Bitterfeld
PVC-Fabrik
Spremberg
Schwarze Pumpe
Karbidfabrik
Buna
Leuna II
Zementwerk Karsdorf II
Leuna
Karsdorf
Lützkendorf
Mineralölwerk
Spree
Elbe
Wärmekraftwerk
Berzdorf
Freiberg
Feinzinkwerk
St. Egidien
Nickelhütte
Dederonseidenanlage
im Kunstfaserwerk
Saale
Schwarza
Staatsgrenze
Staatsgrenze im Wasserlauf
Schwefelsäurewerk
fertiggestellt bis 1958/59
Überseehafen
noch im Bau
Mineralölwerk
Teilproduktion, Erweiterungsbauten







wirtschaft der ganzen Republik vor sich ging? Sozialistisch zu lernen hieß ja wohl auch, sich mit solchen Fragen zu befassen. Schritt für Schritt eigneten sich alle Mitglieder der Kollektive, die dem Beispiel der „Mamais" folgten, umfassendere Kenntnisse über die Wirtschaftspolitik der SED und der Regierung der DDR für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus an. Sie lernten es, das ihnen anvertraute Volkseigentum immer effektiver für die gesamte Gesellschaft zu nutzen und zu verwalten.

Wie diese Aluminiumhütte in Bitterfeld war der größte Teil der nunmehr volkseigenen Betriebe der DDR unter kapitalistischen Verhältnissen entstanden. Jahrzehntelang hatten sie lediglich einem Ziel gedient: dem Profit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Proleten hatten die Unternehmer nicht interessiert. Daneben belasteten noch andere Probleme das Wirtschaftsleben der DDR: Unermeßliche Zerstörungen hatten der deutsche Faschismus und der von ihm ausgelöste Krieg hinterlassen. Das frühere Deutschland war vom Imperialismus gespalten und damit auch seine wirtschaftliche Einheit zerrissen worden. Über manche lebenswichtigen Rohstoffe, wie Steinkohle, verfügte die DDR nur in geringen Mengen, über Eisenerz beispielsweise fast gar nicht. Die DDR hatte keinen ungehinderten Zugang zu den Weltmeeren. Viele Betriebe waren von ihren früheren

Das 1957 beschlossene Kohle- und Energieprogramm sieht vor, die Kapazität der Kraftwerke um 2600 MW zu erhöhen und dadurch ihre Leistungen von 32,7 Milliarden kWh im Jahre 1957 auf etwa 41,5 Milliarden kWh im Jahre 1960 zu steigern. Dafür wird die Hälfte aller Industrieinvestitionen der DDR eingesetzt.

Ende 1957 nimmt das Zentralinstitut für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden einen Forschungsreaktor in Betrieb und schafft durch seine Arbeit mit sowjetischer Unterstützung die Voraussetzungen für den Bau eines Kernkraftwerkes bei Rheinsberg.

Im Zentrum des 1958 beschlossenen Chemieprogramms der DDR steht der Auf- und Ausbau einer petrolchemischen Industrie.

... gehört dem Volk

Dem Volk gehören Wald und Tiere
und die Fische in der See
und was die Erde birgt und was
die Erde treibt.
Das rote Kupfer in den Tiefen,
auf dem Feld der weiße Klee
und was der Schreiber in die
Kontobücher schreibt:
gehört dem Volk.
Das weite Land gehört dem Volk.
Das tiefe Meer. –
Und meine Hand gehört dem Volk
und mein Verstand und mein Gewehr.

Dem Volk gehört die Macht,
die Himmelsraum und Schwergewicht
besiegt.
Das Schloß im Park,
im schwarzen Tale die Fabrik.
Der Bücher Wissen
und der Reichtum, der
in Stahltresoren liegt.
Die deutschen Länder und die
deutsche Republik
gehört dem Volk.
Das weite Land gehört dem Volk.
Das tiefe Meer. –
Und meine Hand gehört dem Volk
und mein Verstand und mein Gewehr.

Dem Volk gehört das Glück des Tages
und das Glück der stillen Nacht.
Des Winters Freude und
der Mai, der Blüten schneit.
Des Lebens Schweiß und heiße Sonne
und der Sonne Sommerpracht.
Das Glück des Friedens und des Friedens
gute Zeit:
gehört dem Volk.
Das weite Land gehört dem Volk.
Das tiefe Meer. –
Und meine Hand gehört dem Volk
und mein Verstand und mein Gewehr.

Kuba



Am 3. Oktober 1959 wird die Rappbode-Talsperre ihrer Bestimmung übergeben. Sie dient der Trinkwasserversorgung, dem Hochwasserschutz, der Energiegewinnung, der Bewässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen und der Brauchwasserversorgung von Industrie und Gewerbe.



Im Jahre 1959 geht der Kleinwagen „Trabant" im VEB „Sachsenring" Automobilbau Zwickau in die Serienproduktion.



Seit 1957 sind die Arbeiten zum Ausbau des Rostocker Hafens zu einem modernen Hochseehafen in vollem Gange. Die große Ostmole wird aus Steinen gefügt, die die ganze Republik für diesen Zweck gesammelt hat.



In enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern werden neue Wege gefunden, um dem wachsenden Rohstoff- und Energiebedarf der aufblühenden Volkswirtschaften auf lange Sicht nachzukommen. Mit dem Jahre 1959 nehmen die Sowjetunion, die ČSR, Polen, Ungarn und die DDR die Errichtung eines gemeinsamen Energieverbundnetzes in Angriff. Durch ein zweites großes Gemeinschaftsprojekt, den Bau der Erdölleitung „Freundschaft", werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, das Chemieprogramm der DDR mit Leben zu erfüllen.



Natürlich wäre es erwünscht, wenn wir in ein bis zwei Jahren den größten Teil des technischen Apparates unserer Betriebe erneuern könnten. Wenn wir das aber tun würden, müßte unweigerlich der Zustand eintreten, daß unsere Arbeiter an neuen Maschinen ohne Material ständen und zum Nichtstun verdammt wären und daß ein rapides Absinken des Lebensstandards die Folge wäre.

Heinrich Rau



Verbindungen getrennt: Maschinenbaubetriebe von ihren Stahllieferanten; Hüttenwerke und Gießereien von den Erz- und Steinkohlegruben; andere Betriebe, die vornehmlich Einzelteile fertigten, von den Abnehmern ihrer Erzeugnisse.

Bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens war in der DDR viel geleistet worden, um aus eigener Kraft sowie mit Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten und durch die Zusammenarbeit mit ihnen, all diese komplizierten Probleme zu lösen. Aber es bedurfte längerer Zeit, einen wirtschaftlichen Organismus zu gestalten, der sozialistischen Bedürfnissen entsprach, bei dem jedes Rad richtig in das andere griff und der in seiner Gesamtheit dem Wohl der Werktätigen diente. Jetzt, Ende der fünfziger Jahre, hatten es Arbeiter, Ingenieure, Konstrukteure und Wissenschaftler zu ihrer Sache gemacht, ganze Betriebe und Industriezweige zu modernisieren. Dadurch und durch den Aufbau weiterer neuer Werke schufen sie Voraussetzungen für eine noch schnellere und gleichmäßigere Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Das kostete natürlich sehr viel Geld und die Arbeiter zunächst so manche Entbehrung. Nicht alle Betriebe konnten sofort und auf einmal mit neuen Maschinen ausgerüstet werden. Jeder Werktätige in der Produktion war aufgerufen, die vorhandene Technik besser zu nutzen, durch gute Arbeitsorganisation, Verkürzung der Transportwege, sinnvolle Verwendung der wertvollen Rohstoffe und volle Auslastung der Arbeitszeit höhere Ergebnisse zu erzielen und damit gleichzeitig zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen beizutragen.

So war es also zu verstehen, wenn das Zentralkomitee der SED im Mai 1959 einschätzte: die sozialistischen

Unser Beitrag zur Stahlschlacht:

Der Republik mehr Stahl - dem Frieden gute Taten

Kumpels der Stahlgießerei »Elstertal«!

Unter der Losung:

Unsere 5 Hammerschläge für den Sieg des Sozialismus gegen Militarismus und Bonner Aggressionspolitik!

greifen auch wir jetzt entscheidend in die Stahlschlacht ein.

Unsere 5 Hammerschläge sind:

!

1. Erfüllung des Produktionsplanes 1960 (zu Betriebspreisen) mit 102 %
2. Aufholung der Produktionsplanrückstände in der Staatsplanposition Stahlformguß im Gesamtwerk und Erfüllung des Jahresplanes 1960 in der Warenproduktion mit 100 %
3. Erfüllung des Jahresproduktionsplanes 1960 für Blockstahl (trotz Ausfall durch Produktionsumgestaltung) mit 100 %
4. Senkung des Produktionsausschusses und weitere Verbesserung der Qualität. Ständige Senkung des Ausschusses unter die vorgegebene Ausschußquote
5. Senkung der Selbstkosten gegenüber dem Vorjahr mit mindestens 4,5 %, wodurch eine überplanmäßige Selbstkostensenkung von 0,5 % erreicht wird.

VEB Stahlgießerei »Elstertal«
Silbitz bei Krossen (Elster)
Parteiaktivtagung



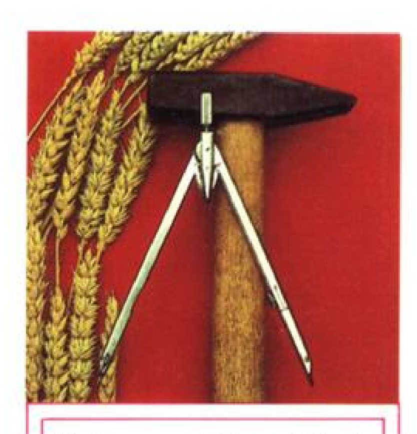


Es lohnt sich!

In über 41 500 Einzel- und Kollektivverpflichtungen haben die Maschinenbauer der Republik Maßnahmen festgelegt, um die Produktion hochwertiger Maschinen und Materialien zu erhöhen und die Qualität der Erzeugnisse ständig zu verbessern. So sparsam wie möglich wollen sie die herkömmlichen Rohstoffe verwenden und weitestgehend durch andere ersetzen.

Tausendfach sind die Aktivitäten von Arbeitern und Ingenieuren in der Aktion „Mit Gramm und Millimeter auf der Spur von 500 Millionen" und in der 1959 ins Leben gerufenen Bewegung der „Messe der Meister von Morgen". In der Neptunwerft Rostock zum Beispiel wird ein neuer Schutzanstrich für Schiffskörper entwickelt, in Zwickau werden Abfallbleche für die Herstellung von Kleinteilen genutzt.

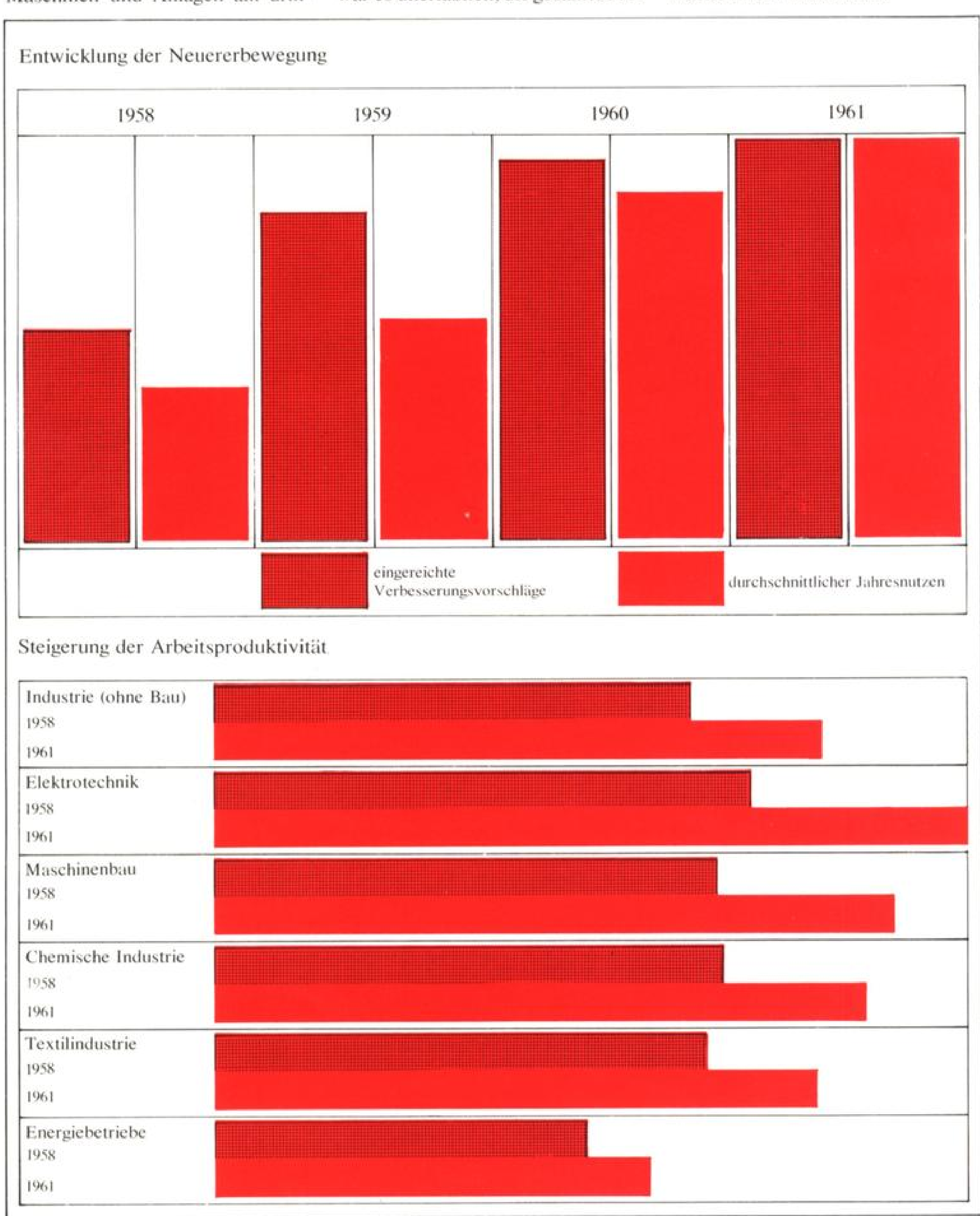
Brigaden und Arbeitsgemeinschaften sind Stoßtrupps der Arbeiter, Ingenieure und Techniker bei der sozialistischen Rekonstruktion und Rationalisierung der Volkswirtschaft. Aber nicht nur sie.
Immer mehr Arbeiter halfen durch ihre Leistungen mit, die Industrie der DDR weiter sozialistisch umzugestalten. Neue Aktionen einzelner Brigaden oder Betriebskollektive weiteten sich über ganze Industriezweige, zum Teil über die ganze Republik aus. Die dabei geschaffenen Werte und eingesparten Summen wuchsen zu Millionenbeträgen an. Hinter ihnen verbargen sich Fleiß und Mühe Tausender Arbeiter, Techniker und Ingenieure, nächtelanges Knobeln an Verbesserungsvorschlägen; verbargen sich der Mut, mit alten Gewohnheiten zu brechen und sich mit überholten Auffassungen auseinanderzusetzen, der Elan und die Entschlußkraft, den ersten Schritt zu tun, andere zu überzeugen und mitzureißen. Dahinter standen gleichzeitig die tiefere Einsicht in die Zusammenhänge der Volkswirtschaft der Republik, die freiere Entfaltung der Persönlichkeit, das Bewußtsein, sachkundiger mitreden und entscheiden zu können.
Tausendfach waren die Schwierig-



Es ist zu gewährleisten, daß mit der Rekonstruktion:
a) die planmäßige, proportionale Entwicklung unserer Wirtschaft unter Berücksichtigung der Arbeitsteilung im sozialistischen Lager gesichert wird;
b) Disproportionen überwunden werden und zur Ermöglichung der Anwendung modernster technologischer Verfahren eine Konzentration der Produktion durchgeführt wird;
c) die größtmögliche Ausnutzung aller Produktionskapazitäten gewährleistet und die Kooperation erhöht wird;
d) das Sortiment der Produktion überprüft und reduziert wird und vorrangig solche Produktion durchgeführt wird, deren ökonomischer Nutzen und Exportwertigkeit besonders hoch liegen;
e) die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf die Schwerpunktaufgaben konzentriert und Doppelarbeit vermieden wird und sie in Abstimmung mit dem sozialistischen Lager erfolgt;
f) die zeitliche Folge der Rekonstruktionsmaßnahmen in Abhängigkeit von der Wichtigkeit der Schwerpunkte, jedoch zum richtigen Zeitpunkt in Übereinstimmung mit unseren materiellen Ressourcen und mit größter Sparsamkeit festgelegt wird;
g) der ökonomische Nutzen aller Rekonstruktionsmaßnahmen gewährleistet ist;
h) Kaderbedarfs- und Entwicklungspläne zur Erfüllung der neuen Aufgaben ausgearbeitet und realisiert werden.

Aus dem Beschluß des ZK der SED vom 23. Mai 1959

keiten, die bei der sozialistischen Rekonstruktion und Rationalisierung der Industrie überwunden werden mußten. Immer wieder standen die Planungsorgane der DDR vor der Frage, wie die verfügbaren Mittel am zweckmäßigsten einzusetzen waren, wo neue Maschinen und Anlagen am dringendsten gebraucht wurden und wie die Betriebskollektive noch besser angeregt werden konnten, die eigenen Möglichkeiten zur Modernisierung der Produktion voll auszuschöpfen. Um Maschinen und andere Erzeugnisse in großen Serien und dadurch billiger herzustellen, war es unerläßlich, die gesamte Produktion mancher Bereiche zu verändern. Arbeiter mußten ihnen vertraute Arbeitsplätze verlassen und sich auf die Produktion neuer Erzeugnisse umstellen. Das alles konnte unmöglich reibungslos vor sich gehen. Um so mehr zählte jeder Fortschritt, jeder erreichte Zuwachs in der Produktion.



KONTRA dem imperialistischen Wirtschaftskrieg

Zusätzlich erschwert wurden alle Anstrengungen der Werktätigen der DDR durch die Machenschaften der Gegner des Sozialismus. Die Maschinenwerker in Magdeburg, die Kabelwerker in Berlin, die Feinmechaniker in Dresden und die Arbeiter vieler anderer Betriebe erlebten immer häufiger, daß trotz aller Bemühungen der Produktionsfluß ins Stocken geriet. Stahl, Chemikalien, andere wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate fehlten, und zwar immer wieder solche, die laut geltenden Handelsverträgen aus der BRD zu liefern waren.

Woran lag das? Waren das „normale" Schwierigkeiten, die ja im internationalen Handelsverkehr auftreten konnten? Handelte es sich um entschuldbare Versäumnisse? Durchaus nicht! Den imperialistischen Konzernherren und Finanzhaien, den Großagrariern, Generalen und ihren Politikern in der BRD war das wirtschaftliche Erstarken der DDR ein Dorn im Auge. Noch immer hofften sie, die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR beseitigen und die volkseigenen Betriebe in ihren Besitz bringen zu können. Jedes Mittel, der DDR zu



„Die westdeutsche Wirtschaftspolitik muß gegenüber dem Ostblock zur geschmeidigen Waffe des kalten Krieges werden. Besser als eine Maschinengewehrgarbe für Berlin ist die stufenweise Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen: von der Drohung bis zur Einstellung der Stahllieferungen."

Bonn (ND). Auf der Bundes-Pressekonferenz gab gestern Staatssekretär Eckardt bekannt, die Adenauer-Regierung habe in einer Sondersitzung unter Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP beschlossen, das Abkommen über den Handel zwischen der DDR und Westdeutschland per 31. Dezember 1960 zu kündigen.



schaden, war ihnen recht: Schieber- und Schmuggelgeschäfte über die offene Grenze, Spekulationen und Manipulationen mit Zahlungsmitteln der DDR durch einen künstlich erzeugten Schwindelkurs in den Westberliner Wechselstuben, Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften und Spezialisten, Wirtschaftsspionage, Diebstahl von Patenten, Erfindungen und weltbekannten Firmenzeichen sowie der offene Bruch von Handelsverträgen. Die Einstellung von Warenlieferungen, die für die DDR lebenswichtig waren, sollten die DDR-Wirtschaft ruinieren.

Tatsächlich drohte dieser brutale Wirtschaftskrieg den sozialistischen Aufbau in der DDR ernsthaft zu gefährden. Wieder waren es vor allem die Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse in den Betrieben, die ihren Kollegen die Hintergründe der komplizierten Situation erläuterten, selbst nach neuen Lösungswegen suchten und andere dafür gewannen. Das war nicht einfach, denn die herrschenden Kreise in der BRD, die diese Schwierigkeiten verursachten, verbreiteten darüber durch ihre Rundfunkstationen tagtäglich die infame Behauptung, hier zeige sich die Unfähigkeit der SED und der Regierung der DDR, Staat und Wirtschaft richtig zu leiten. Manche Werktätigen in der DDR fielen auf diesen Schwindel herein.

Die Stahlschlacht geht weiter!

Dem Frieden gute Taten – der Republik mehr Stahl!

Es gilt im Jahre 1961 eine entscheidende Schlacht für die Erhaltung des Friedens und den Sieg des Sozialismus zu schlagen!

Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Aufgabe ist es, durch vorbildliche und allseitige Planerfüllung unseren Anteil bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe zu leisten.

Deshalb rufen wir unsere Neuerer und alle Kollegen auf, weiterhin so gute Pionierarbeit zu leisten und gemeinsam folgende Schwerpunktaufgaben zu lösen:

1% Materialeinsparung in unserem Betrieb erbringt eine Einsparung von 176 000,– DM im Jahr!

Welche Möglichkeiten bestehen daher bei uns zur wirtschaftlichen Verwendung von Rohstoffen und Materialien:

a) bei Kohle, Gas, Elektroenergie, Preßluft,

b) bei Ferro-Legierungen, Nickel, Chromerz, Molybdan und ähnlichen Stoffen,

Die Stahlwerker jedoch hatten begriffen, was der Gegner vorhatte, und gaben allen voran die richtige Antwort. Dem imperialistischen Wirtschaftskrieg Paroli zu bieten und ihre Betriebe gegen solche Umtriebe zu wappnen, störfrei zu machen – darauf konzentrierten sich auch die Maschinenbauer, die Arbeiter in der elektrotechnischen Industrie sowie in allen anderen Wirtschaftszweigen. Sie unterstützten damit die Ende 1960 von der Regierung der DDR getroffenen Festlegungen, noch mehr Mittel für den Ausbau der metallurgischen und chemischen Industrie sowie für die Sicherung der Brennstoff-, Elektroenergie- und Gasversorgung aufzuwenden. Lücken, die dadurch auf einigen anderen Gebieten, beispielsweise in der Konsumgüterproduktion und in der Versorgung entstanden, halfen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten durch zusätzliche Warenlieferungen teilweise schließen.

Trotz aller Hemmnisse konnten auch in dieser schwierigen Situation auf dem Wege der sozialistischen Rationalisierung und Rekonstruktion weitere sichtbare Fortschritte erzielt werden. Immer deutlicher wurden die Konturen der nach sozialistischen Grundsätzen gestalteten Volkswirtschaft erkennbar.

Das LAND hält Schritt

Zur gleichen Zeit, als sich bei den „Mamais" die Diskussion über das sozialistische Arbeiten, Lernen und Leben entspann, wurde auch auf dem Lande vorwärtsdrängende Unruhe spürbar. Das wichtigste, was Gustav Drews, Karl Lill, Herta Schöwe und die anderen Genossenschaftsbauern vom V. Parteitag in ihre Dörfer mitbrachten, war die bestätigte Überzeugung: Gerade hier auf dem Lande waren grundlegende Entscheidungen auf die Tagesordnung gerückt. Die Genossen ihrer Parteiorganisationen, in den Kreis- und Bezirksleitungen der SED, alle aktiven Genossenschaftsbauern und vor allem auch die Traktoristen in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) teilten ihre Ungeduld. Auch die Industriearbeiter, die an den Wochenenden die Ernte einbringen halfen, waren davon erfaßt. Stürmisch entwikkelte sich die Industrie in der ganzen Republik, zwischen Arbeitern, Angehörigen der Intelligenz und den bereits gemeinschaftlich wirtschaftenden Bauern bildeten sich neue, sozialistische Beziehungen heraus. Sollte da ein Teil der Landbevölkerung noch länger Zuständen überlassen bleiben, die der Vergangenheit angehörten? Eine harmonisch gestaltete sozialistische Volkswirtschaft verlangte unausweichlich auch sozialistische Verhältnisse auf dem Lande.





Ob an den Dreschmaschinen, beim Kartoffelbuddeln, bei den Begegnungen auf der Dorfstraße, im Dorfkrug oder selbst am Abendbrottisch der Familien, es gab ein immer wiederkehrendes Gesprächsthema: Wann werden die nächsten noch einzeln wirtschaftenden Bauern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, der LPG, beitreten? Wann und wie wird sich die genossenschaftliche Arbeitsweise in der Landwirtschaft endgültig durchsetzen?

Immer standen dieselben Fragen im Mittelpunkt solcher Gespräche, obwohl die Situation in den einzelnen Dörfern sehr unterschiedlich war. Einige Gemeinden gab es bereits in der Republik, in denen sich die Mehrzahl oder alle Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen

Eine stolze Bilanz!

Die LPG Wonnitz rechnet ab: Werte der LPG 357 500 DM Wert der AE 1958 11,— DM

	1952 als Einzelbauern auf der gleichen LNF	1958 LPG	Steigerung in % zu 1952
Rind	28,36 dz	62,59 dz	220
Schwein	81,44 dz	162,00 dz	200
Milch	48857,00 kg	85546,00 kg	175
Eier	10981 Stück	21439 Stück	195
Getreide	857,00 dz	1069,88 dz	125
Ölfrüchte	26,90 dz	38,20 dz	142

Diese Erfolge sprechen für sich! Eine solche Entwicklung ist nur in der LPG möglich! Deshalb, werktätige Einzelbauern, sprengt die Fesseln der individuellen Produktionsweise! Schließt Euch dem Fortschritt an! Produziert sozialistisch — tretet der LPG bei.

Dem Sozialismus gehört die Zukunft

HP 2232/58 V 10/14



Wie ist der Entwicklungsstand unserer LPG? Heute bewirtschaften wir 75 Prozent der Gemeindefläche. Auch in unserem Dorf ist die LPG nun zum bestimmenden Faktor auf allen Gebieten geworden. Unsere tierische und pflanzliche Produktion liegt heute weit über den Leistungen der Einzelbauern. Wir liefern schon heute mehr Produkte auf den Markt als früher die gesamte Gemeinde unter den Bedingungen der einzelbäuerlichen Wirtschaftsweise. Der Wert der Arbeitseinheit stieg von 3,50 DM im Jahre 1953 auf 11 DM in diesem Jahr. Wir können mitteilen, daß wir 1958 ohne jegliche kurzfristige Kredite arbeiten. Heute kommen zu uns viele Einzelbauern aus dem Kreis, um sich von den Vorzügen der genossenschaftlichen Arbeit zu überzeugen. Heute müssen auch die guten Mittelbauern zugeben, daß unsere Arbeit größere Erfolge zeitigt als die Wirtschaftsweise der Einzelbauern.

Heinz Buchholz auf dem V. Parteitag der SED

LPG Typ I
Die Mitglieder bewirtschaften und nutzen das gesamte von ihnen eingebrachte Ackerland gemeinsam.

LPG Typ II
Außer dem Ackerland nutzen die Mitglieder auch die Zugkräfte sowie die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte gemeinsam.

LPG Typ III
Von den Mitgliedern werden sowohl das gesamte Land einschließlich Wiesen, Weiden und Wald als auch das Zugvieh, das Zucht- und Nutzvieh sowie die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte in die LPG eingebracht.





hatten. Sie halfen jetzt schon in ihren Nachbardörfern, die Einzelbauern von den Vorteilen der genossenschaftlichen Arbeit zu überzeugen. Um manche Dörfer schien die Genossenschaftsbewegung bisher einen Bogen gemacht zu haben – dort bestand noch gar keine LPG! In anderen waren es nur wenige Bauern, die ihre Felder gemeinsam bewirtschafteten. Hinzu kamen die Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden der Republik. Karl Lill aus Oschatz im Bezirk Leipzig zum Beispiel hatte auf dem Parteitag der SED berichten können, welch große Hilfe seine LPG ständig von den Industriearbeitern erhielt. Probleme gab es jedoch mit den wirtschaftsstarken Mittel- und Großbauern, die sich dem Beitritt zur Genossenschaft hartnäckig widersetzten. Für Fritz Dallmann, den Vorsitzenden der LPG Priborn im Bezirk Neubrandenburg, lag die Sache anders. In der Umgebung seines Dorfes gab es keine Industriebetriebe, dafür bestand das Dorf fast ausschließlich aus Neubauernhöfen. Und vorwiegend ihre Besitzer waren es, die als erste mit der genossenschaftlichen Arbeit begonnen hatten. Dagegen glaubten viele mit dem

Beitritt zur Genossenschaft die eigene Scholle und den eigenen Hof – ihren lange gehegten Wunschtraum – wieder zu verlieren.
Überall gingen die Pioniere der sozialistischen Landwirtschaft nun noch zielstrebiger daran, Bauern für den Beitritt zu bestehenden oder für die Bildung neuer landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften zu gewinnen. Ihre Argumente, die sie bei den Gesprächen mit den Einzelbauern immer wieder ins Feld führten, waren stichhaltig und einleuchtend: Erst die Zusammenlegung der Felder zu großen Flächen ließ den Einsatz moderner Maschinen zu. Damit wurde die Arbeit der Bauern wesentlich leichter, und es konnten mehr und billigere landwirtschaftliche Erzeugnisse hergestellt werden. Das genossenschaftliche Eigentum ermöglichte zum Beispiel auch den Bau großer Kuhställe mit Melkanlagen, die sich der Einzelbauer nie leisten konnte und die für ihn auch unrentabel gewesen wären. Ebenso wurde es möglich, daß sich ein Teil der Bauern vorwiegend der Feldwirtschaft und ein anderer Teil der Viehzucht widmete. Jeder konnte seine eigenen Erfahrungen und Neigungen so viel besser zugunsten aller nutzen.
Tatsächlich nahm im zweiten Halbjahr 1958 und im Jahre 1959 die Zahl der Bauern rasch zu, die sich diesen Argumenten nicht mehr verschlossen und ihren Beitritt zur Genossenschaft erklärten.

Ein ungewöhnlicher FRÜHLING

Doch immer deutlicher stellte sich heraus, daß auch dieses Tempo nicht ausreichte. Selbst jene Bauern spürten das, die erst vor kurzem einer LPG beigetreten waren. In Tucheim, Kreis Genthin, im Bezirk Magdeburg, zum Beispiel hatten erst im September 1958 dreizehn Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe zu der LPG „Weltfrieden" zusammengeschlossen. Mehrere von ihnen, auch ihr Vorsitzender, Rudolf Hofmann, waren Neubauern und nicht gerade wohlhabend. 120,59 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, 5 Pferde, 35 Kühe, 63 Schweine und 21 Schafe hatten sie in die junge LPG eingebracht. In gemeinsamer Arbeit ging es gut voran. Doch bald zeigten sich die Hemmnisse.
Die Felder der Genossenschaftsbauern lagen zum Teil weit auseinander, dazwischen die Äcker, Wiesen und Weiden der Einzelbauern. Nur in wenigen Fällen war es möglich, die Felder der Genossenschaft zusammenzulegen und großflächig mit der modernen Technik der MTS zu bewirtschaften. Das war selbstverständlich keine befriedigende Lösung. Auch für die Errichtung moderner Viehställe reichten weder die Mittel der kleinen LPG noch deren Arbeitskräfte aus. Erst wenn sich alle Bauern des Ortes in der Genossenschaft vereinigten, konnten die landwirtschaftliche Produktion und das ganze Leben im Dorfe tatsächlich verändert werden.



Die Steigerung der Marktproduktion und die weitere sozialistische Umgestaltung sind untrennbar miteinander verbunden ... Die Einzelbauern werden am ehesten für den Eintritt in die LPG überzeugt, wenn es die Genossen in den Dörfern verstehen, bei der Aussprache mit den Einzelbauern die Grundlage unserer Agrarpolitik und die sozialistische Perspektive der Entwicklung unserer Landwirtschaft überzeugend darzulegen.

Aus dem Brief des Zentralkomitees der SED an alle Parteiorganisationen in der Landwirtschaft vom 15. Januar 1960

Die dreizehn Tucheimer Genossenschaftsbauern schienen sich in einem Teufelskreis zu befinden. In der gegebenen Lage konnten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse der LPG nicht wesentlich verbessern. Solange das aber der Fall war, wirkte die LPG wenig überzeugend auf die Einzelbauern, mehr noch: sie wurde von wirtschaftsstarken Mittel- und Großbauern verhöhnt und verlacht. Andere stellten sich auf deren Seite, weil sie als die Stärkeren erschienen. Nein, so konnte es nicht weitergehen!
Wie das Zentralkomitee der SED Anfang Januar 1960 feststellte, war die Zeit herangereift, nunmehr alle Bauern für den Zusammenschluß in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gewinnen. Noch im gleichen Monat beriet es darüber mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED. In allen Kreisen und Bezirken mobilisierte die SED ihre Mitglieder, um diese Aufgabe in kurzer Zeit zu lösen. Auch die Staatsorgane, insbesondere die Kreistage in den ländlichen Gebieten und die Gemeindevertretungen, die Ausschüsse der Nationalen Front, vor allem auch die Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei und der sozialistische Jugendverband konzentrierten sich jetzt vorrangig auf dieses Ziel.
Wohl noch niemals zuvor war es in

Gewiß, man mußte die Bauern überzeugen, geduldig, sehr geduldig, durfte aber Geduld nicht überstrapazieren. Es ging um die Macht? Also würde es notfalls gestattet sein, der freien Entscheidung zum Eintritt ein wenig nachzuhelfen – Gomolla würde es nicht Druck nennen, nein, die Minderheit mußte sich der Mehrheit unterordnen, das war nicht einmal undemokratisch …

Aus „Daniel Druskat" von Helmut Sakowski

Tucheim so turbulent zugegangen wie in den ersten Monaten des Jahres 1960. Abend für Abend und an jedem Wochenende kamen ganze Brigaden der Nationalen Front, darunter vor allem Arbeiter aus dem Genthiner Waschmittelwerk, um mit den Einzelbauern über den Beitritt zur bestehenden oder – wenn sie das nicht wollten – auch über die Bildung einer neuen LPG zu diskutieren. Einwohnerversammlungen wurden einberufen. FDJ-Gruppen zogen mit Liedern und Sprechchören durch das Dorf.

In aller Offenheit prallten die unterschiedlichen Standpunkte jetzt aufeinander. Die Argumente, die für die Genossenschaft sprachen, kannten die Bauern ja längst. Und die meisten wußten auch, daß ihnen eigentlich nichts entgegenzusetzen war. Und dennoch: Den über Generationen ererbten und in schweren Zeiten gegen Junker, Inflation und Kriegszerstörung hartnäckig verteidigten Familienbetrieb zugunsten der Genossenschaft aufgeben? Niemals! Sie kämen auch weiterhin allein zurecht! – behaupteten viele starrköpfig. Verständlicher Stolz auf die eigene Scholle und den eigenen Hof bei den einen, überhebliche Voreingenommenheit gegenüber den kleineren und den Neubauern, den „Hungerleidern", mit denen sie sich jetzt zusammentun sollten, bei den anderen. Einige Groß- und Mittelbauern begegneten allem, was mit Sozialismus zu tun hatte, sogar mit unverhohlenem Haß. Sie fielen auf die RIAS-Parolen von „Enteignung" und „Zwangskollektivierung" herein und verließen ihre Höfe bei Nacht und Nebel in Richtung Westen. Wieder andere hatten sich in Gedanken schon mit dem Beitritt zur



Blitztelegramm aus Tautendorf

An alle werktätigen Einzelbauern des Kreises Stadtroda!

Unser Beitrag zum 8. Plenum des ZK der SED.
Alle werktätigen Einzelbauern unseres Ortes – das sind 29 Betriebe – haben sich für die genossenschaftliche Großproduktion entschieden – stop
Sind stolz auf unsere Entscheidung, weil wir dadurch das 8. vollgenossenschaftliche Dorf sind – stop
Jetzt geht es mit vollen Segeln in den sozialistischen Frühling – stop
Das ist unser Beitrag zur Erhaltung des Friedens – stop

Wir rufen alle Berufskollegen, macht es wie wir!
Wir rufen die Waldecker Bauern, wann folgt ihr unserem Beispiel?

Die Genossenschaftsbauern von Tautendorf



Genossenschaft vertraut gemacht, wollten aber nicht als erste den entscheidenden Schritt tun.
Aber die Arbeiter und die Genossenschaftsbauern, die als Agitatoren auf die Höfe der Einzelbauern gekommen waren, ließen sich nicht abweisen. Sie waren sich ihrer Sache sicher und drängten auf eine Entscheidung. Und endlich, nach vielen Aussprachen, war es Ende März 1960 auch in Tucheim so weit: Die letzten Bauern hatten eingesehen, daß alle Wenn und Aber nichts daran änderten – die Zukunft gehörte der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft! Wozu sich länger dagegen sperren? So unterschrieben auch sie die Beitrittserklärung zur LPG.
Tausendfach, nahezu in allen Dörfern der Republik, spielte sich im Frühjahr 1960 ähnliches wie in Tucheim ab. Allein von Anfang Januar bis Mitte April 1960 wurden mehr als eine halbe Million Bauern für den Beitritt zu bereits bestehenden oder für die Bildung von neuen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewonnen. Damit hatten sich alle Bauern in der DDR für den Sozialismus entschieden. Es war eine der größten und bedeutendsten revolutionären Aktionen dieser Zeit, in die auf diese oder jene Weise Millionen von Werktätigen aus allen Bevölkerungsschichten einbezogen waren. Besonders großen Anteil daran hatten die Arbeiter. Die Industriebetriebe lieferten die Maschinen und Chemikalien, die für eine moderne Landwirtschaft notwendig waren, Arbeiter bedienten und pflegten als Traktoristen und Maschinisten in den MTS die moderne Landtechnik. Tausende von Industriearbeitern hatten so manchen Sonntag geopfert, um den Bauern bei der Feldarbeit zu helfen und gleichzeitig mit ihnen über die sozialistische Zukunft der Landwirtschaft zu sprechen. Sie waren im Frühjahr 1960 die eifrigsten Agitatoren, um auch den letzten



Im stürmischen Tempo weiter vorwärts zum

vollgenossenschaftlichen Kreis Hainichen!

[illegible] bei Hainichen sind vollgenossenschaftlich!

In den letzten 36 Stunden entschlossen sich über 400 Bäuerinnen und Bauern mit ihren Angehörigen mit weit über 3000 ha Nutzfläche für den Schritt „vom Ich zum Wir“.

In den Gemeinden:
[illegible]
wurden neue LPG gebildet.

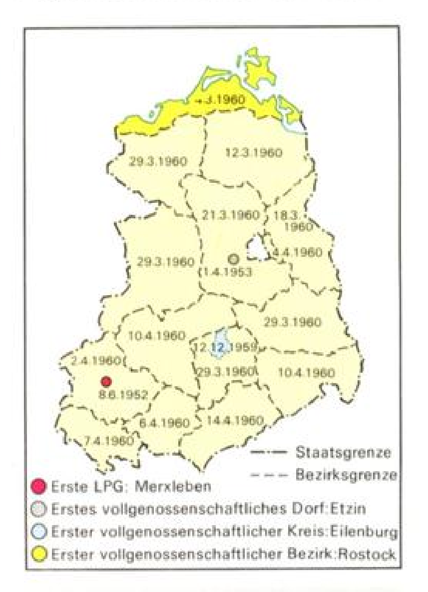
In diesen Tagen finden die Gründungen von LPG in
[illegible] statt.

Die Mehrzahl der Bauern unseres Kreises hat sich schon entschieden

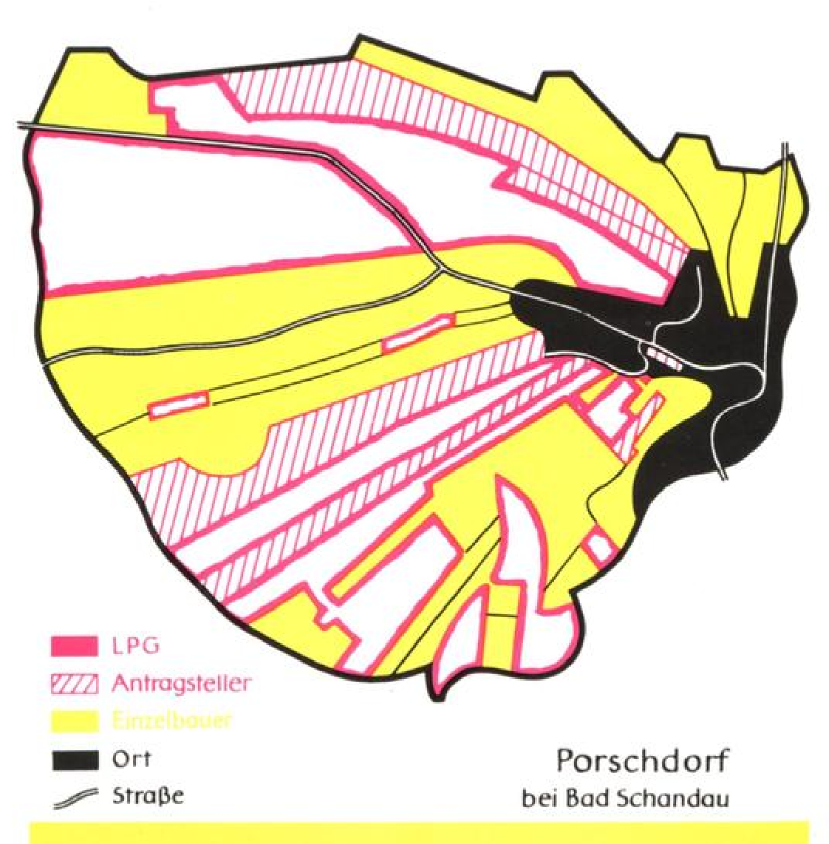
Keiner will der letzte sein. Jetzt heißt es in
[illegible]
und einigen anderen Gemeinden aufpassen, denn die Beendigung der sozialistischen Umgestaltung unserer Landwirtschaft im Kreise Hainichen ist keine Frage von Wochen, sondern nur noch eine Frage von Tagen und Stunden.

Wir rufen den sich schon in der Minderheit befindenden Einzelbauern unseres Kreises zu:

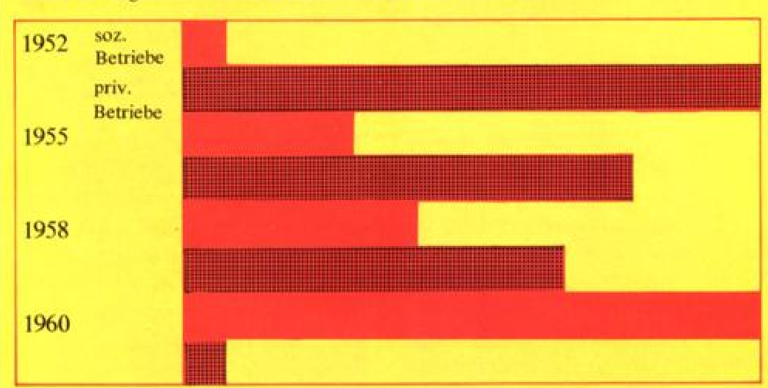
Entscheide Dich noch heute!











Abschied vom Alten

Ich weiß, daß sich die Erde dreht,
daß alles bei uns aufwärts geht,
es ist nicht aufzuhalten;
doch ich häng' so am Alten!

Ich weiß, der Mensch ist wirklich klug,
er startet bald zum Weltraumflug,
besiegt Naturgewalten;
doch ich häng' so am Alten!

Die Steinzeit ist schon längst vorbei;
wir können, von der Knechtschaft frei,
das Leben selbst gestalten;
doch ich häng' so am Alten!

Allein in der Genossenschaft
kann sich die ungeheure Kraft
der Technik voll entfalten;
doch ich häng' so am Alten!

Den Junker und den Schlotbaron,
die jagten wir schon längst davon,
die traurigen Gestalten;
und du, du hängst am Alten?

Du blickst nicht übern Gartenzaun,
zum Neuen hast du kein Vertrau'n;
du solltest endlich schalten,
den Abschied gib dem Alten!

Walter Glaue

Bauern für die Genossenschaft zu gewinnen.
Natürlich waren weder in Tucheim noch in den anderen Dörfern mit dem Beitritt aller Bauern zu Genossenschaften alle Probleme gelöst. Jetzt mußten die Bauern erst lernen, auf genossenschaftliche Weise zu arbeiten. Und auch hierbei standen ihnen die Arbeiter zur Seite. In Tucheim beispielsweise Paul Hommel, den die Parteiorganisation des Waschmittelwerkes Genthin dorthin delegierte. Für die Bauern, die bisher allein gewirtschaftet hatten, war es ja völlig neu und ungewohnt, ihre Arbeit nun in Brigaden zu organisieren. Und gerade dabei konnte ihnen Paul Hommel mit seinen Erfahrungen helfen. Wie er folgten mehr als Zehntausend, darunter viele Jugendliche, dem Aufruf der SED: Industriearbeiter aufs Land! Sie kamen als Traktoristen, als Bauarbeiter, Buchhalter oder Bürgermeister und tauschten ihr bequemeres Leben in der Stadt gegen das auf dem Lande, um hier gemeinsam mit den Bauern das Leben des Dorfes



AUFRUF

an alle Werktätigen der Produktionsbetriebe des Kreises Rudolstadt!

In Auswertung des 5. Plenums des Zentralkomitees der SED rufen wir auf, einen

Produktenfonds „Flora und Jolanthe"

in allen Industriebetrieben zu bilden.

50 000 Meter Keilriemen für Mähdrescher, Traktoren und Lastkraftwagen

sowie

5000 Meter Schläuche zur Schädlingsbekämpfung

Nach dem sozialistischen Frühling

auf dem Lande soll im Herbst die sozialistische Ernte folgen. Dazu brauchen die Genossenschaftsbauern die Hilfe der Arbeiter. Sie brauchen mehr und bessere Landmaschinen, Traktoren und Mähdrescher. Das wissen auch die Motorenbauer im VEB Motorenwerk Berlin-Johannisthal. Sie liefern in diesem Jahr

für eine gute Ernte 1235 Mähdreschergetriebe

- **Ab 2. Mai verlassen jeden fünften Tag 21 Getriebe die Halle III;**
- **Ab 1. Juni liefern wir alle zehn Tage für 50 000 DM nach planmäßigem Sortiment Ersatzteile;**
- **Alle zehn Tage liefern wir für 17 000 DM nach planmäßigem Sortiment Zubehör.**







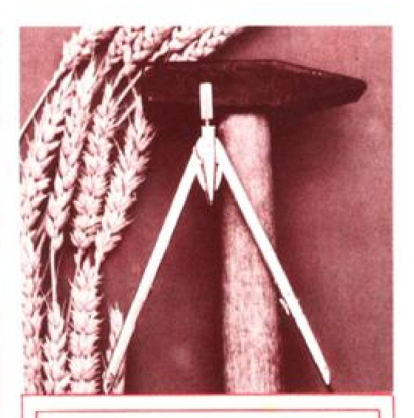
neu zu gestalten. Viele von ihnen wurden für immer heimisch auf dem Lande und erlangten dort großes Ansehen.

Wenn auch nicht schlagartig und nicht konfliktlos, aber doch für jeden sichtbar hielt immer mehr Neues auf dem Dorfe Einzug. So gehörten die Genossenschaftsbauern der LPG „Florian Geyer" in Golßen, Kreis Luckau, zu den ersten auf dem Lande, die sich dem Wettbewerbsaufruf der „Mamais" anschlossen und den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" aufnahmen. Als ihr wichtigstes Ziel bezeichneten sie es, durch gute genossenschaftliche Arbeit höhere Erträge in der pflanzlichen und tierischen Produktion zu erreichen. Damit hatten sie das Problem angepackt, das für die meisten Genossenschaften entscheidend war. Schritt für Schritt lernten sie, ihre neue Arbeitsweise richtig zu organisieren und mit dem genossenschaftlichen Eigentum umsichtig zu wirtschaften. Als Zeugnis der Veränderung des Lebens auf dem Lande fanden Be-





griffe wie Wettbewerb und Leistungsprinzip, Gemeinschaftsarbeit und Schichtbetrieb ebenso Eingang in den täglichen Sprachgebrauch wie Dorfklub, Landwarenhaus, Erntekindergarten, Landambulatorium, Sommerurlaub und Kuraufenthalt.
Mit der Entscheidung aller Bauern für die sozialistische Landwirtschaft entwickelte sich die früher zersplitterte und differenzierte Bauernschaft zur sozialistischen Klasse der Genossenschaftsbauern. Das traditionsreiche Klassenbündnis zwischen Arbeitern und Bauern erhielt damit einen neuen Charakter. Es war zugleich zum wichtigsten Fundament der sozialistischen Staatsmacht geworden.



Wir funktionieren

Der Klassenfeind wurde vom Genossenschaftsdrang unserer Bauern überrascht. In seinen Zeitungen log er prompt: „Ostzonenbauern werden in die Genossenschaft gezwungen!" Diese Lüge verfing angesichts des Masseneintritts unserer Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nicht. Der Klassenfeind sah sich gezwungen, eine Nachtrabparole, ähnlich der bei der Bodenreform, auszugeben: „Bauern in der Ostzone, übernehmt keine Funktionen in den Genossenschaften, so macht ihr euch nicht schuldig am Bauernlegen!"
„Wieso keine Funktionen?" fragte ein eben in die Genossenschaft eingetretener Mittelbauer. „Wir haben vorige Woche schon funktioniert. Und wieso Bauernlegen? Ich stehe – stehe mich sogar besser als zuvor."

Kopfstehn können wir selber

In einem Dorf, in dem die Bauern bereits vollgenossenschaftlich arbeiteten, sprach man in einer Versammlung über die Frühjahrsbestellung und die künftige kulturelle Entwicklung des Dorfes. „Einmal im Monat wünsch' ich mir Theater", sagte eine Bäuerin. Der Kulturverantwortliche des Kreises verwies darauf, daß die Konzert- und Gastspieldirektion fast jeden Monat mit Varieté und ähnlichen Veranstaltungen ins Dorf komme. – „Varieté?" fragte die Bäuerin. „Du meinst Händelaufen und Kopfstehen? Das haben wir lange genug selber gemacht. Jetzt will ich Oper!"

ALLE gewinnen – keinen zurücklassen



HANNALIN

FABRIK FÜR CHEMISCH-TECHNISCHEN BEDARF

RICHARD WIBELITZ KG

Betrieb mit staatlicher Beteiligung

G e s e l l s c h a f t s v e r t r a g

§ 1

(1) 1. Herr Richard W i b e l i t z, Oranienburg
2. Frau Ilse-Irene W i b e l i t z geb. Fröhlich, Sachsenhausen

die Minderjährigen

3. Hans-Henning W i b e l i t z
4. Gabriele W i b e l i t z, beide wohnhaft in Frankfurt a/M

vertreten durch den Gesellschafter zu 1.

betreiben unter der eingetragenen Firma

"H a n n a l i n"

eine Fabrik für chemisch-technischen Bürobedarf in Oranienburg.

Sie nehmen die

Deutsche Investitionsbank, Berlin

vertreten durch ihre Filiale Potsdam

unter Fortführung der bisherigen Firma als Gesellschafter auf.

(2) Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung und der Vertrieb von Leuchtfarben für den Schiffsbau, PVC-Druckfarben, Verkehrsschilderfarben, Tuschen und sonstigem chemisch-technischen Bürobedarf.

§ 2

(1) Als Geschäftsbeginn der Gesellschaft gilt der 1.7.1957.

(2) Die Gesellschafter verpflichten sich, unverzüglich, spätestens 8 Tage nach Vertragsabschluß, die Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister zu beantragen.

§ 3

(1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) das erste Geschäftsjahr läuft vom 1.7.1957 bis 31.12.1957.

§ 4

Herr Richard Wibelitz ist persönlich haftender Gesellschafter (Komplementär),

Kommanditisten sind:

1. Frau Ilse-Irene Wibelitz
2. Hans-Henning Wibelitz
3. Gabriele Wibelitz
4. Deutsche Investitionsbank.

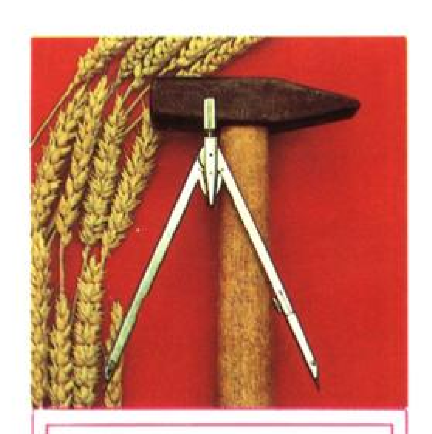
§ 5

Der Abschluß von Verträgen gehörte im Geschäftsleben von William Welker, dem Firmeninhaber der Strumpffabrik in Limbach-Oberfrohna, zur alltäglichen Arbeit. Auf der Grundlage von Verträgen wurden Materiallieferungen und Absatz gesichert, Kredite vereinbart und Rechtsfragen geregelt. Der mit der Deutschen Investitionsbank abgeschlossene Gesellschaftsvertrag unterschied sich jedoch erheblich von allen seinen bisherigen Geschäftsvereinbarungen. Mit diesem Vertrag wurde der Staat Teilhaber des Betriebes. Der Charakter des Betriebes hatte sich damit einschneidend verändert. Die Strumpffabrik Welker und Söhne hatte aufgehört, ein rein privates Unternehmen zu sein. Als Komplementär war der ehemalige Betriebsinhaber nunmehr für privates und gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln verantwortlich. Seine Aufgabe war es, dieses Eigentum im Interesse und zum Wohle der Gesellschaft zu verwalten.

Seit Walter Riedel aus Dresden, Dr. Ahrens aus Stralsund und Herbert Kreisel aus Krauschwitz zusammen mit fünf weiteren Unternehmern im Februar 1956 die ersten Gesellschaftsverträge unterzeichnet hatten, waren ständig mehr Betriebsinhaber ihrem Beispiel gefolgt. Der sozialistische Staat gab ihnen durch die finanzielle Beteiligung die Möglichkeit, die Betriebe zu modernisieren, ihre Rentabilität zu gewährleisten und sie teilweise sogar beträchtlich zu erweitern. Das auf diese Weise erzielte höhere Produktionsergebnis kam in steigendem Maße der gesamten Gesellschaft zugute.

Mit der staatlichen Beteiligung gab der sozialistische Staat den bisherigen Privatunternehmern die Chance, gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus zu gehen.

Auch viele Handwerker fragten sich, wie sie ihre Fähigkeiten noch besser für den sozialistischen Aufbau einsetzen konnten. Für die meisten Berufsgruppen bot es sich an, Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) zu bilden. Auf vielfältige Weise wurden sie dabei von den Staatsorganen unterstützt. Dieser Weg ermöglichte ihnen, die Ausrüstungen ihrer Betriebe effektiver zu nutzen, gemeinsam neue und bessere Maschinen zu erwerben, sich auf bestimmte Tätig-



keiten zu spezialisieren und dadurch höhere Leistungen zu erbringen. Obwohl die Vorteile offensichtlich waren, fiel manchem Handwerksmeister die Entscheidung dafür nicht leicht. Galt es doch, jahrhundertealte Handwerkertraditionen mit etwas völlig Neuem, mit genossenschaftlichem Eigentum und kollektiver Arbeitsweise zu verbinden. Doch auch den weiterhin privat wirtschaftenden

Wollen wir Handwerker zurückstehen?

Wir sagen nein!

Wir werden in vorderster Front mithelfen, das vom V. Parteitag der SED beschlossene kühne Programm des sozialistischen Sieges zu realisieren.

Wir, die Mitglieder der HPG „Leuchtenburg" in Kahla rufen besonders

alle Handwerker des Bau- und Bauneben-Gewerbes der Städte: Kahla, Camburg, Orlamünde, Dornburg und Dorndorf auf, unserem Beispiel zu folgen. Das gleiche erwarten wir auch von den übrigen Handwerkern unseres Kreises. Den Handwerkern in unseren Dörfern empfehlen wir, den bestehenden LPG beizutreten, um dadurch dem Sozialismus auf dem Lande zum Siege zu verhelfen.

Handwerker des Kreises Jena-Land!

Durch die sozialistische Umgestaltung des Handwerks stärken wir die ökonomische Basis unserer Deutschen Demokratischen Republik. Dadurch wird die politisch-moralische Einheit unserer Bevölkerung weiter gefestigt. Sie trägt dazu bei den Frieden zu sichern und alle Kriegspolitiker zu schlagen.

Vorwärts für den schnellen Sieg des Sozialismus!

Die Mitglieder der HPG Leuchtenburg:

Herausgegeben: HPG Leuchtenburg und Kreisleitung der SED Jena-Land

... Die Beteiligung des Arbeiter-und-Bauern-Staates an den Privatbetrieben ist eine Übergangsform zum sozialistischen Betrieb ...
Die Bildung halbstaatlicher Betriebe erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Grundlage und auf Antrag der Unternehmer.
Die Unternehmer haben das Recht und die Aufgabe, den halbstaatlichen Betrieb nach dem Prinzip der persönlichen Verantwortung zu leiten und ihn gemeinsam mit den Arbeitern zu einem sozialistisch arbeitenden Betrieb zu entwickeln ...
Über die Entfaltung von Arbeitswettbewerben, die Förderung der Neuererbewegung, durch Produktionsberatungen und ökonomische Konferenzen nehmen die Arbeiter immer stärkeren Einfluß auf die fortschreitende sozialistische Entwicklung der Betriebe. Sie nehmen aktiv Anteil an der Leitung der Betriebe, bei der Einführung sozialistischer Wirtschaftsprinzipien und unterstützen die Unternehmer bei der Anwendung kollektiver Leitungsmethoden.

Aus: Verordnung über die Bildung halbstaatlicher Betriebe vom 26. März 1959

Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH)
Freiwilliger Zusammenschluß selbständiger Handwerker und ihrer Betriebsangehörigen zu gemeinsamer Produktion.

Staatliche Beteiligung
Der sozialistische Staat, meist vertreten durch einen volkseigenen Betrieb, beteiligt sich finanziell an privaten Wirtschaftsunternehmen, um deren Leistungsfähigkeit zum Nutzen der Gesellschaft zu erhöhen.

Kommissionshandel
Vertragliche Übereinkunft zwischen sozialistischen Einzelhandelsbetrieben und privaten Einzelhändlern oder Gastwirten, wonach der Kommissionär im Auftrage des sozialistischen Partners Waren gegen Provision verkauft.

Zahlenmäßige Entwicklung der kleinen und mittleren Industriebetriebe, des Handwerks und des Kommissionshandels

	PGH	Privates Handwerk	Kommissionshandel	Privater Einzelhandel	Industriebetriebe mit staatlicher Beteiligung	Privat kapitalistische Industriebetriebe
1956	239	237 897	45	169 475	144	12 278
1958	2 107	209 337	9 141	146 599	1 541	9 797
1960	3 878	173 243	20 178	104 660	4 455	6 476
Im gleichen Zeitraum werden von diesen Betrieben an Leistungen erbracht (in Millionen Mark):						
1956	65	7 571	7	9 903	163	5 262
1958	603	8 134	854	9 457	1 850	4 557
1960	2 730	6 844	2 915	7 352	5 178	2 657





Handwerkern gewährte der sozialistische Staat, zum Beispiel durch die Förderung ihrer Einkaufs- und Liefergenossenschaften, gute Entwicklungsmöglichkeiten.
Den privaten Einzelhändlern empfahlen die Staatsorgane, enge vertragliche Beziehungen mit dem sozialistischen Großhandel herzustellen. Sie konnten dadurch noch besser zu einer planmäßigen und kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung beitragen.
Großen Anteil daran, daß über diese Wege private Unternehmer, Handwerker und Einzelhändler enger mit der sozialistischen Planung verbunden wurden und aktiver am sozialistischen Aufbau teilnahmen, hatten an der Seite der SED vor allem auch die CDU, die LDPD und die NDPD. Die Mitglieder dieser Parteien bewährten sich als aktive Mitstreiter für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Der Kommissionsvertrag der Firma Eichler aus Limbach-Oberfrohna mit dem Großhandelskontor sichert den Kunden ein stabileres und größeres Warenangebot.

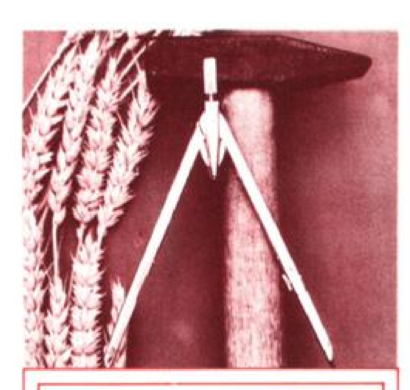
Die Bildung genossenschaftlich-sozialistischer Produktionseinheiten ermöglicht auch im Reparatur- und Dienstleistungsbereich sowie in der Konsumgüter-, Bau- und Ausbauproduktion den Einsatz moderner Maschinen und Ausrüstungen.

KOMPASS des sozialistischen Aufbaus

Eine von den Fragen, die sich Bernhard Büchner, der Leiter der „Mamai"-Brigade, und seine Genossen im Herbst 1958 gestellt hatten, war für sie zunächst noch unbeantwortet geblieben: „Muß man erst die Produktion bringen, und dann kommt das Bewußtsein? Oder muß man erst das Bewußtsein verändern, damit eine höhere Produktion kommt?" Irgendwie drehte sich das immer wieder im Kreise! Oder war vielleicht die Frage nicht ganz richtig gestellt? Gab es tatsächlich ein solches Entweder – Oder? Aber, das war ja Philosophie! War das nicht viel zu theoretisch? Eigentlich waren es doch ganz praktische Dinge, um die es hier ging! Und außerdem, ein immer wieder bewährter Grundsatz des Marxismus-Leninismus besagte: Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis. Beides gehörte zusammen. Das Leben praktisch verändern und zugleich die marxistisch-leninistische Theorie besser begreifen lernen – das war der Schlüssel zum Erfolg. Verständlich, daß das Zentralkomitee der SED gerade jetzt diesen Gedanken so stark betonte und alle Genossen verpflichtete, sich noch intensiver mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu befassen! Ja, man mußte lernen, sehr viel lernen, schon um die vielen Fragen besser beantworten zu können, die die Kollegen den Genossen immer wieder stellten. Gemeinsam mußten sie alle nach richtigen Antworten suchen und dabei auch die vielen Möglichkeiten wie öffentliche Vorträge, Foren und Problemdiskussionen besser nutzen.

Unzählige Fragen brachte das tägliche Leben hervor – Fragen mitunter, die im wahrsten Sinne des Wortes „Gott und die Welt" betrafen. Sie wurden nicht zuletzt durch die großen wissenschaftlichen Leistungen der Sowjetunion bei der Erforschung des Kosmos ausgelöst. Dafür war das Interesse besonders groß. Wie die „Mamais" und viele andere Kollektive in ihren Programmen für das sozialistische Lernen festgelegt hatten, besuchten sie gemeinsam Vorträge oder Ausstellungen, woraus sich oft neue Diskussionen über weltanschauliche Fragen ergaben. Viele der Arbeiter, die sich daran beteiligten, hatten es noch vor kurzer Zeit für nahezu unmöglich gehalten, sich jemals mit philosophischen Problemen zu befassen und daran Interesse zu finden.

Besonders die vielen Veränderungen in Industrie und Landwirtschaft und die in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen ließen immer neue Fragen aufkommen. Wie an ihre Beantwortung herangegangen werden mußte, zeigten vor allem Marx, Engels und Lenin in ihren Werken. Die Parteileitungen der SED beauftragten die Genossen, und die Gewerkschaftsleitungen empfahlen allen Kollegen, sich besonders mit W. I. Lenins Arbeit „Die große Initiative" vertraut zu machen. Für viele parteilose Arbeiter war es das erste Mal, daß sie ein solches Werk zur Hand nahmen. Und auch Bernhard Büchner wußte sehr wohl, daß es in seiner Brigade Kollegen gab, die es zunächst nur deshalb taten, weil sie sich nun mal verpflichtet hatten, sozialistisch zu lernen. Mit dem Lesen kam das Interesse. Was da geschrieben stand über die Notwendigkeit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, und warum das letztendlich entscheidend für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung über die alte ist – das waren doch genau die Probleme, um die es auch bei der Umgestaltung der alten Aluminiumhütte in Bitterfeld und bei der ganzen sozialistischen Rekonstruktion und Rationalisierung der Volkswirtschaft ging. Ja, wenn es auch manchmal schwer war, zu lernen – auch politisch zu lernen,



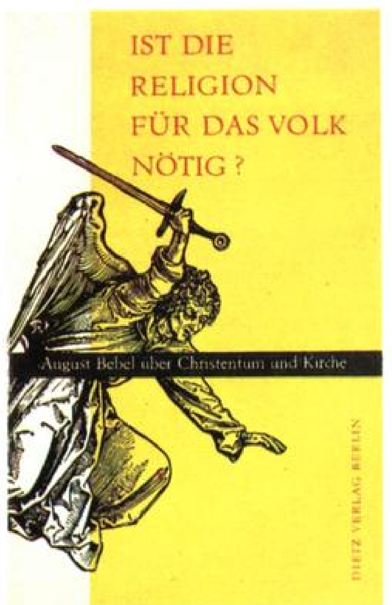
Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen

Brief des Zentralkomitees an die Grundorganisationen

Die dialektische Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der DDR

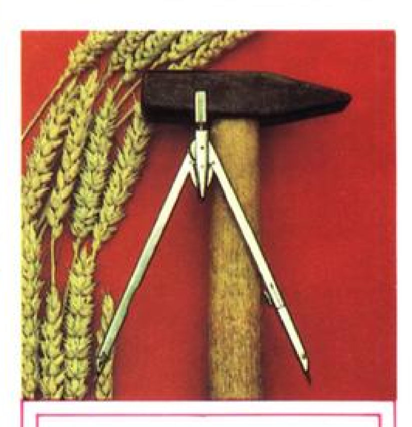
Die materialistische Dialektik zeigt uns nicht nur, wie die Welt ist, sondern auch, wie sie sich entwickelt. Die materialistische Dialektik lehrt, daß sich die Entwicklung in Widersprüchen vollzieht, wobei die Widersprüche und der Kampf um ihre Überwindung die Quelle der Bewegung sind. Selbstverständlich vollzieht sich nicht nur die Entwicklung der Natur in Widersprüchen, sondern auch die Entwicklung der Gesellschaft ...
Die richtige Kenntnis der materialistischen Dialektik macht es daher erst möglich, die Widersprüche, die für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, vor allem bei uns unter den Bedingungen der Spaltung Deutschlands, charakteristisch sind, zu untersuchen und zu verstehen. Dadurch wird es aber erst möglich, die entsprechenden Maßnahmen zur Überwindung dieser Widersprüche zu treffen; es wird klar, warum alle Kraft für den weiteren sozialistischen Aufbau eingesetzt werden muß.











die Welt besser zu verstehen –, so machte es doch auch Freude.
Die Bewegung sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben – welch tiefe Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge widerspiegelte sie! Die Haltung von Irmgard Richter und der Brigade „Fritz Weineck", die selbstlos anderen Kollektiven sozialistische Hilfe leisteten, zeugten von ihrer Sorge um das Ganze. Werktätige Bauern, die selbst erst den Weg zur genossenschaftlichen Arbeit gefunden hatten, wurden in den entscheidenden Tagen selbst zu Agitatoren für das Neue auf dem Lande. Wissenschaftler und Ingenieure setzten ihr ganzes Wissen und Können für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und dafür ein, die Wirtschaft der DDR gegenüber der imperialistischen BRD störfrei zu machen.
Für jeden sichtbar zeigte sich hier, daß der Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, zur herrschenden Ideologie in der DDR geworden war. Zusammen mit anderen Fortschritten im geistig-kulturellen Leben des Volkes war das ein entscheidendes Resultat der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur.

> ... Je höher die sozialistische Bewußtheit aller Werktätigen, desto rascher das Tempo der sozialistischen Entwicklung und desto größer die Erfolge in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Deshalb muß die Partei der Erziehung der Menschen viel größere Aufmerksamkeit widmen als bisher.
>
> Aus dem Protokoll des V. Parteitages der SED

Ungewöhnlich begann im September 1958 für 400 000 Mädchen und Jungen in den Städten und Dörfern der Republik das neue Schuljahr. Einmal in der Woche waren die Schüler von der 7. Klasse an nicht in den ihnen vertrauten Klassenräumen, sondern in Betrieben der Schwer- oder der Leichtindustrie, des Verkehrswesens, auf den Feldern oder in den Viehställen der

LPG oder auch in den Werkstätten der MTS – je nach den örtlichen Gegebenheiten. UTP – Unterrichtstag in der Produktion – schrieben die Schüler erstmalig in ihre Stundenpläne. Praktische produktive Arbeit, Werkzeuge und Maschinen kennen- und sogar bedienen lernen, Einblick in Produktionsprozesse gewinnen – das war Gegenstand des neuen Unterrichtsfaches.

Aber nicht nur für die Schüler hatte etwas Neues begonnen, sondern auch für viele Arbeiter und Genossenschaftsbauern, die nun Unterricht erteilen sollten. Auch die Lehrer standen vor neuen Fragen, denn sie wollten doch in ihrer Allgemeinbildung nicht hinter den Schülern zurückbleiben. Der polytechnische Unterricht wirkte sich auf die gesamte Atmosphäre in den Schulen, ja selbst auf das Leben in Millionen Familien aus. Mehr als je zuvor rückten Fragen der Bildung und Erziehung in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Vor allem den Lehrern, Erziehern und Schulfunktionären oblag es, allen zu erklären, worum es eigentlich ging: um allseitig gebildete Persönlichkeiten, Erziehung zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen; Vorbereitung auf das künftige Berufsleben. Schon die Kinder sollten begreifen, daß die Arbeit im Sozialismus kein Fluch wie in früheren Zeiten, sondern eine Sache höchster Ehre ist.

Aber konnten denn Arbeiter und Bauern einen so hohen Einfluß auf die Erziehung der Schüler nehmen? Wie sollten sie dazu befähigt werden? Auch waren nicht alle beauftragten Betriebe sofort in der Lage, einen sinnvollen und erzieherisch wertvollen Unterrichtstag in der Produktion durchzuführen – wie sollte das gelöst werden? Befürchtungen wurden ausgesprochen, die Kinder und Jugendlichen könnten



Polytechnischer Unterricht von Schülerinnen der Max-Planck-Oberschule, Riesa, unter Anleitung der Verdienten Aktivistin Else John im VEB Baumwollspinnerei Riesa, 1961



Schüler der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin-Pankow beim technischen Unterricht am Mähhäcksler im VEG Berlin-Buch



Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR, empfängt im Beisein von Alfred Lemnitz, Minister für Volksbildung, in der Beratungspause der Volkskammersitzung zum Gesetz über die Entwicklung des sozialistischen Schulwesens in der DDR eine Pionierdelegation der Polytechnischen Oberschule Naunhof.

DAS WICHTIGSTE AUS DEM GESETZ

über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik

Mit dem Aufbau des Sozialismus begann eine neue Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft erforderte auch die sozialistische Erziehung der jungen Generation. Das kann nur durch eine Schule geschehen, die aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der sozialistischen Produktion verbunden ist.

Der Erfüllung dieser Aufgabe dient die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule. Sie erzieht die heranwachsende Generation zur Liebe zu den arbeitenden Menschen und trägt zur allseitigen Entwicklung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Menschen bei. Eine solche Schule muß Sache des ganzen Volkes sein. Sie ist es geworden durch die große Volksdiskussion über die Thesen, die die 4. Tagung des Zentralkomitees beschloß. Gestützt auf diese breite Diskussion, beschloß die Volkskammer am 2. Dezember 1959 ein Gesetz, das folgende Hauptpunkte enthält:

ZEHNJÄHRIGE SCHULPFLICHT besteht für alle Kinder in der Deutschen Demokratischen Republik. Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule wird bis zum Herbst des Jahres 1964 schrittweise verwirklicht. Daran schließt sich eine zweijährige Berufsschulpflicht an (§§ 1 und 8).

PRAXISVERBUNDEN hat die Schule die Jugend auf das Leben im Sozialismus vorzubereiten. Sie sorgt vor, daß alle Schüler das Schulziel erreichen. Sie hat besonders die Arbeiter- und Bauernkinder zu fördern (§ 3).

DIE POLYTECHNISCHE BILDUNG ist Bestandteil des Unterrichts, der nach einem staatlichen Lehrplan erteilt wird (§ 4).

DER WEG ZUR HOCHSCHULE führt in erster Linie von der Oberschule über die Berufsausbildung zur Universität. Außerdem besteht die zwölfklassige erweiterte Oberschule (§§ 6 und 7).

DER LEHRER hat die Aufgabe, in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse die Jugend im Geiste des Sozialismus zu erziehen und sich ständig um seine eigene politische und fachliche Weiterbildung zu bemühen. Das ist zu sichern durch ein auf lange Sicht geplantes System (§ 9).

DIE STAATLICHEN ORGANE leiten den Aufbau der sozialistischen Schule und organisieren die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung. Sie stützen sich auf die Nationale Front, FDGB, DFD, FDJ und Pionierorganisation (§§ 10 und 11).

VEB und LPG unterstützen die Schule bei der Entwicklung des polytechnischen Unterrichtes, insbesondere bei der Durchführung des Unterrichts in der sozialistischen Produktion (§ 11).

DIE WISSENSCHAFT wertet die Erfahrungen der Lehrer und Erzieher gründlich aus und verallgemeinert sie. Sie stützt sich auf die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Pädagogen und die Erfahrungen der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Länder (§ 16).

System des polytechnischen Unterrichts 1958/59



1. bis 4. Klassen
Werkunterricht



5. und 6. Klassen
produktionsbezogener Werkunterricht



7. bis 12. Klassen
Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion und von der 9. Klasse an ein 14tägiges Praktikum



8. und 9. Klassen
Technisches Zeichnen



9. bis 12. Klassen
Einführung in die soz. Produktion in Industrie und Landwirtschaft

überfordert werden, das Niveau in den anderen Unterrichtsfächern könnte sinken. Die Kommentatoren der Rundfunksender der BRD reagierten auch hier mit Verleumdungen: „Kinderausbeutung! Gewinnung billiger Arbeitskräfte! Beseitigung des humanistischen Bildungsideals!“ So versuchten sie die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zu vertuschen, den Kindern auch nur annähernd solche Bildungsmöglichkeiten zu bieten wie der Sozialismus.
Doch Lehrer, Erzieher, Arbeiter und Genossenschaftsbauern arbeiteten von Monat zu Monat besser Hand in Hand und verstanden es, vorhandene Probleme zu meistern, Fragen zu beantworten und falsche Auffassungen zu überwinden.
Schritt für Schritt wurde allen Schülern eine von sozialistischen Grundsätzen geprägte zehnklassige polytechnische Oberschulbildung ermöglicht.
Neue Fragen stellten sich zur gleichen Zeit Professoren, Dozenten und Studenten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen. Agronomen, Tierärzte und Landtechniker wurden gebraucht, die zielgerichtet für die genossenschaftliche Großproduktion und nicht – wie es bisher zum Teil noch der Fall war – für den bäuerlichen Familienbetrieb ausgebildet waren. Alle künftigen Diplomingenieure und Ingenieure, Ökonomen und Technologen mußten den Anforderungen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in den Betrieben entsprechen, zu wirklich schöpferischer Arbeit fähig und bereit sein, ihre ganze Kraft für den sozialistischen Aufbau einzusetzen. Welchen Rang die Lösung dieser Aufgabe hatte, kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Absolventen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in der DDR ständig zunahm. 1958 waren es 44 138 und 1961 schon 55 274.



UNIVERSITÄTSZEITUNG

Programm der weiteren sozialistischen Entwicklung der Karl-Marx-Universität



Humboldt Universität

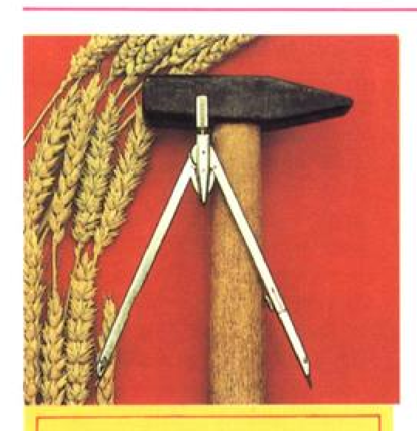
ORGAN DER UNIVERSITÄTSPARTEILEITUNG DER SED

4. JAHRGANG / NR. 4 | 1. MÄRZ-AUSGABE | PREIS 20 PFG

Zur Vorbereitung der 150-Jahr-Feier

Wir verwirklichen Freundschaftsvertrag mit der Elektroindustrie

Singt das LIED des Sozialismus



Die allseitige künstlerisch-schöpferische Betätigung des werktätigen Volkes wird immer mehr zu einem Wesenszug des neuen, sozialistischen Menschen. Das bedeutet die ästhetische Aneignung des humanistischen Erbes, der künstlerischen Traditionen der Arbeiterklasse und der Werke der sozialistischen Kunst und gleichzeitig die Herausbildung vieler neuer eigenschöpferischer Talente auf allen Gebieten künstlerischer Betätigung. Besonders jene neuen Formen müssen dabei gefördert werden, in denen das Erlebnis des gemeinsamen sozialistischen Arbeitens, Lernens und Lebens, das moralische Antlitz des neuen Menschen seinen künstlerischen Ausdruck im Schreiben, Malen, Zeichnen, Musizieren, Komponieren, Filmen, Fotografieren usw. finden. Dazu gehören besonders Brigadetagebücher, Dorfchroniken, Arbeiter- und Bauerntheater, Arbeiterfestspiele, Arbeiterballette, Laienfilmstudios und viele andere sich neu entwickelnde Formen künstlerischer Betätigung der Werktätigen.

Aus der Entschließung der Kulturkonferenz, April 1960





Vom 13. bis 21. Juni 1959 fanden erstmalig Arbeiterfestspiele statt. Sie waren der deutlichste Ausdruck dafür, daß das gesamte kulturelle Leben des Volkes reicher und vielfältiger wurde. Bewußt wurde dafür der traditionsreiche Arbeiterbezirk Halle, das Zentrum der Chemieindustrie, die Wiege der Brigaden der sozialistischen Arbeit, gewählt. Als Höhepunkt des künstlerischen Volksschaffens, des Zusammenwirkens von Laien- und Berufskünstlern und der Begegnung tausender Werktätiger mit der sozialistischen Kunst wurden die Arbeiterfestspiele zu einer neuen Tradition in der Geschichte der DDR.

Das Ensemble der Volkswerft Stralsund bei seinem Auftritt zu den 3. Arbeiterfestspielen im Bezirk Magdeburg



Herbert Warnke im Gespräch mit den Mitgliedern des Zirkels schreibender Arbeiter des Braunkohlenwerkes „Erich Weinert" aus Deuben, die den Literaturpreis des FDGB 1961 erhielten.

Als eine neue Form der künstlerischen Auseinandersetzung von Werktätigen mit dem Leben entstand 1958/1959 die Bewegung schreibender Arbeiter, die sich in Zirkeln zusammenschlossen. „Wir schreiben, weil wir zum ersten Mal in der Geschichte unseres Volkes unser Leben schreiben dürfen, ohne den Knebel und die Gitter fürchten zu müssen. Wir schreiben, weil die Siege unserer Klasse uns aufrufen. Wir waren und sind Lernende und Lesende – wir wurden auch Schreibende."
Zirkel der schreibenden Arbeiter des Braunkohlenwerkes „Erich Weinert"

1960 bestanden in den städtischen Wohngebieten etwa 1 000 Klubs der Werktätigen und nahezu 6 000 Dorfklubs. In den 475 wissenschaftlichen, Kunst- und Heimatmuseen wurden im gleichen Jahr mehr als dreizehn Millionen Besucher gezählt.

Arbeiterfestspiele in der DDR 1959–1961

Bezirk	Mitwirkende Laienkünstler	Berufskünstler	Zahl der Veranstaltungen	Zahl der Teilnehmer
Halle	11 300	4 900	287	625 000
Magdeburg	25 000	5 000	1 200	1 230 000
Karl-Marx-Stadt	20 000	8 000	4 000	1 300 000

Die Klappenschlägerin im Konzert

Die Partei sagt: Die Arbeiterklasse
muß die Höhen der Kultur erstürmen.
Arbeiterklasse, das bin auch ich.
Also ging ich und kaufte mir
eine Karte für das Konzert.

Anfangs spielte ich mit dem Schloß
meiner kleinen glitzernden Tasche.
Sie war neu – alles war neu,
auch, daß ich im Konzert saß,
ich, die Klappenschlägerin.

Ob die Frau, die neben mir saß,
weiß, was das ist? Sie liest Noten
wie andere die Zeitung.
Ob sie weiß, wie genau mein Einsatz
klappen muß, damit die Kohle rollt?

Im Programm steht „Allegro" und
„Andante".
Ich weiß nicht, was das ist,
aber ich werde es morgen wissen.
Ob sie morgen weiß, was eine
Klappenschlägerin ist?

Nicht wichtig. Wichtiger ist, daß ich
lerne,
was ein Allegro ist. Nein – auch nicht
wichtig.
Wichtig allein ist, daß die Musik
mich mitnahm aufs Meer, in den Sturm
und in den stillen Garten.

Ich fuhr nicht mit der Straßenbahn,
ich nahm auch keinen Wagen –
obwohl ich mir das manchmal leisten
kann –.
Ich ging den langen Weg nach Hause
zu Fuß.
Und um mich war Musik.

Mein Herz schlug kräftig und schnell,
als wenn ich einen Berg erstiegen hätte,
einen Berg mit wunderbarer Aussicht.

Martha Nawrath

Vorwärts und nicht vergessen: SOLIDARITÄT

Kaum weniger als Probleme in den volkseigenen Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Schulen erregten Anfang des Jahres 1961 Ereignisse in einem fernen Land die Gemüter der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, der Lehrer, Wissenschaftler und Studenten in der DDR. In den Wohnungen wurden die Radios lauter gedreht, in den Betrieben der Werkfunk eingeschaltet, Professoren unterbrachen ihre Vorlesungen, die Menschen blieben auf den Straßen stehen, wenn über die Lautsprecher das Lied erschallte: „Adelante, cubanos ...!" „Vorwärts, Kubaner ...!" Ein bis dahin den meisten DDR-Bürgern kaum bekannter Name – Fidel Castro – und eine Losung in fremder Sprache – „Patria o Muerte!" („Vaterland oder Tod!") – waren in kurzer Zeit allen vertraut.

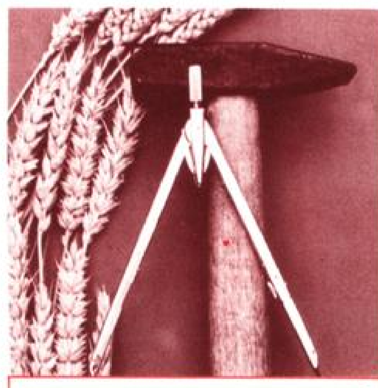
In langen bewaffneten Kämpfen befreiten sich die Werktätigen Kubas von ihren Unterdrückern und schlugen den Weg zur sozialistischen Revolution ein. Und das unmittelbar vor der Haustür der USA, direkt vor den Augen der stärksten imperialistischen Macht der Erde. Der Sozialismus hielt Einzug auch auf dem amerikanischen Kontinent. Die heldenhafte Haltung des kubanischen Volkes und die internationale Solidarität, vor allem die brüderliche Hilfe der UdSSR für das freie Kuba, hinderten die USA daran, den jungen sozialistischen Staat militärisch zu überfallen. Eine Welle der Begeisterung erfaßte Millionen Bürger der DDR. Sie empfanden das, was in Kuba geschah, nicht als irgendein Ereignis in einem fremden Land. Sie verstanden es als Beweis des unaufhaltsamen Siegeszuges des Sozialismus, derselben Sache also, der auch sie dienten.

Mit tief empfundener Anteilnahme verfolgten Werktätige in allen Städten und Dörfern der DDR gleichzeitig die erbitterten Kämpfe afrikanischer Völker um ihre Befreiung vom imperialistischen Kolonialjoch. Allein 1960, im „Afrikanischen Jahr", errangen 17 Länder ihre staatliche Selbständigkeit. Mit allen Mitteln versuchten die imperialistischen Mächte diese Entwicklung aufzuhalten. Grausam wüteten belgische Truppen unter dem kongolesischen Volk, bestialisch wurden der Führer des nationalen Freiheitskampfes Patrice Lumumba und seine Gefährten ermordet. Französische Imperialisten verübten brutale Verbrechen am algerischen Volk, bis es endlich nach jahrelangen schweren Kämpfen über seine Unterdrücker siegte.

Die Werktätigen in der DDR sammelten in kurzer Zeit Millionenbeträge von Solidaritätsspenden



Im November 1960 beraten führende Repräsentanten von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, die nahezu 40 Millionen Mitglieder zählen, über aktuelle Probleme der internationalen Lage und des weiteren Kampfes für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. Sie unterzeichnen nach gründlicher Diskussion eine Erklärung, die die gemeinsame Grundposition beinhaltet, und einen Appell an alle Völker der Welt zum Kampf für die Sicherung des Friedens.



> Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.
>
> Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, 1960.

sowohl für das freie Kuba als auch für afrikanische Völker. Vielen wurde gerade jetzt deutlicher als bisher bewußt, auf welch vielfältige Weise ihr eigenes Tun und Handeln mit den großen revolutionären Veränderungen verbunden war, die sich im Weltmaßstab vollzogen: mit dem Wachsen der Kraft und des internationalen Einflusses der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten; mit den Streikkämpfen der Arbeiter in Frankreich, Italien und Japan; mit dem heroischen Ringen der Völker Afrikas um ihre nationale Unabhängigkeit, gegen das imperialistische Kolonialjoch.











Zu wissen, wie groß die Kraft der internationalen Solidarität geworden war und daß sie im entscheidenden Moment auch ihnen, den Werktätigen der DDR, zuteil wurde, erfüllte mit noch größerem Optimismus und Tatendrang.

Seine letzte Verbeugung

Wie erhalten wir den FRIEDEN?

Wie oft wurde diese bange Frage gestellt! Arbeiter und Bauern, Lehrer, Wissenschaftler und Studenten, ältere und jüngere Menschen – alle bewegte sie gleichermaßen. Bald reiften neue Hoffnungen, bald wieder erschien alles ausweglos. In rascher Folge verliefen die Ereignisse, die die Stimmung bald in die eine, bald in die andere Richtung umschlagen ließen.

Schon im Januar 1959 hatte die Sowjetunion erneut den Entwurf eines Friedensvertrages vorgelegt, der einen endgültigen Schlußstrich



NATO – Stabsübung „Side-Step"
An ihr nehmen Truppen mehrerer NATO-Staaten teil. Die Übung erfolgt auf der Grundlage der Konzeption vom „kleinen" bzw. „begrenzten Krieg". Danach sollen zunächst die DDR überrollt und dann schrittweise andere sozialistische Staaten aus dem sozialistischen Weltsystem herausgebrochen werden. Es wird der Einsatz von atomaren Waffen gegen die DDR geübt.

unter den zweiten Weltkrieg ziehen sollte. Er mußte der realen Tatsache Rechnung tragen, daß die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die imperialistische BRD als zwei voneinander unabhängige Staaten existierten. In diesem Zusammenhang schlug die DDR einen Nichtangriffsvertrag zwischen der DDR und der BRD vor. Alles vernünftige und sachliche Vorschläge, die jeder verstehen und gutheißen konnte und die zu neuen Hoffnungen berechtigten.

Um so größer war die Enttäuschung aller friedliebenden Menschen in der DDR und auch in anderen Ländern, als die Regierungen der Westmächte und der BRD auch diese Vorschläge ablehnten. Mehr noch: alarmierende Anzeichen häuften sich, daß die herrschenden Kreise in der BRD einen militärischen Überfall gegen die DDR vorbereiteten.

Doch wieder wurden neue Hoff-



nungen wach: Die Sowjetunion erreichte, daß alle Kernwaffenversuche eingestellt wurden. Im Frühjahr 1960 sollte ein Treffen der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs stattfinden. Erneut sollte über die Friedensvorschläge der Sowjetunion beraten werden. Die Welt atmete auf. Eine Minderung der großen internationalen Spannungen zeichnete sich ab.

Und eben in dieser Situation geschah etwas Ungeheuerliches: Die Regierung der USA ließ ein mit allen Raffinessen ausgestattetes und eigens zu diesem Zweck gebautes Spionageflugzeug über das Territorium der Sowjetunion fliegen. Eine sowjetische Rakete holte es vom Himmel. USA-Präsident Eisenhower maßte sich an, einen solchen Spionageakt als rechtmäßig zu bezeichnen, ordnete die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche an und versetzte die amerikanischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft. Das vorgesehene Treffen der Regierungschefs der Großmächte scheiterte. Noch mehr als zuvor drohte die Menschheit durch die imperialistischen Staaten in einen neuen Weltkrieg – in einen Krieg mit atomaren Massenvernichtungswaffen – gestürzt zu werden. Mit wachsender Besorgnis verfolgten die Werktätigen in der DDR die täglichen Meldungen darüber, daß vor allem die Adenauer-Regierung in der BRD und die Generale der Bundeswehr die Lage weiter anzuheizen suchten. Diese hielten die Zeit für gekommen, die Sowjetunion mit dem Gespenst eines Atomkrieges erpressen zu können. Sie wollten einen Keil zwischen die Sowjetunion und die DDR treiben und hofften, durch einen „begrenzten Krieg" ihre Macht zumindest bis an die Oder und Neiße ausdehnen zu können.

13. AUGUST Sicherung des Friedens

Im Frühjahr und Sommer 1961 spitzen die herrschenden Kreise der BRD die Lage bis aufs äußerste zu. Mit allen Mitteln bauen sie Westberlin als Zentrale der Spionage und Sabotage, der Aggressions- und Diversionspolitik gegen die DDR weiter aus. Systematisch und in immer größeren Ausmaßen betreiben sie von hier aus die Abwerbung von Facharbeitern, Technikern, Wissenschaftlern und Ärzten aus der DDR. Kursmanipulationen verhelfen den Geheim- und Spionagediensten, in den Besitz großer Summen von Zahlungsmitteln aus der DDR zu gelangen. Skrupellos nutzen sie familiäre Beziehungen und die Tatsache aus, daß etwa 100 000 Werktätige in der Hauptstadt der DDR und ihrer Umgebung wohnen, aber ein Arbeitsverhältnis

„Wir haben uns mit unseren sowjetischen Freunden und den Vertretern aller Staaten des Warschauer Vertrages beraten und sind übereingekommen, daß wir nicht länger unsere Geduld mißbrauchen lassen. Wir sind übereingekommen, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo man sagen muß: Bis hierher und nicht weiter!"

Walter Ulbricht am 10. August 1961 im Kabelwerk Oberspree in Berlin.

Berliner Kabelwerker rufen die Werktätigen der DDR

Unsere Arbeiterpflicht heißt jetzt mehr Anstrengung für den Frieden

Brief der Brigade „Otto Krahmann", Preß- und Stanzwerk des KWO Berlin, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR





Abkommen des guten Willens

Das von der Deutschen Friedenskommission vorzubereitende Abkommen des guten Willens, das den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten zum Abschluß empfohlen werden sollte, könnte zum Inhalt haben:

1. Beide deutsche Staaten vereinbaren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte und einen sofortigen Rüstungsstopp.

2. Beide deutsche Staaten verständigen sich bis zum Abschluß eines Abrüstungsabkommens über Stärke, Bewaffnung und Standorte ihrer bewaffneten Streitkräfte.

3. Beide deutsche Staaten lassen auf ihrem Territorium keinerlei Kriegs- und Revanchepropaganda zu.

4. Beide deutsche Staaten betrachten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen.

5. Beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO und für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.

6. Beide deutsche Staaten verpflichten sich zu Maßnahmen, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen. Sie vereinbaren den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs ...

Vorschlag der Regierung der DDR vom 6. Juli 1961

in Westberlin haben. Auf Revanchistentreffen in Kiel, Hannover, Köln und in anderen Städten der BRD sowie in Westberlin fordern führende Politiker der BRD unverblümt, die bestehenden Grenzen in Europa zu revidieren und die DDR „zurückzuholen". Kriegsminister Franz-Josef Strauß vereinbart zur gleichen Zeit in den USA den Kauf moderner Raketen, damit – so erklärt er – „Moskau 1962 wieder in die Reichweite deutscher Waffen" komme.

Die SED und die Regierung der DDR treffen Maßnahmen zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften. Zur einheitlichen Leitung der Landesverteidigung wird der Nationale Verteidigungsrat gebildet.

Die Nationale Volksarmee entwikkelt sich zu einem zuverlässigen und schlagkräftigen Instrument der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit leisten eine angestrengte Arbeit zum Schutz des sozialistischen Aufbaus und der inneren Sicherheit. Auf Initiative der SED legt die Volkskammer der DDR erneut Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf den Tisch. Arbeiter und andere Werktätige bekräftigen sie mit Taten in der sozialistischen Produktion.

Im Juli 1961 treibt die Adenauer-Regierung in der BRD im Bunde mit sozialdemokratischen Politikern ihren Aggressionskurs auf die Spitze. Der sogenannte Forschungsbeirat für „Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" legt erneut einen Plan der Monopole, der Banken und Unternehmerverbände, der Großgrundbesitzer und Militärs für den „Tag X" vor: Annexion der DDR und Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, Aufteilung der volkseigenen Betriebe und Banken unter die Monopole, Auflösung der LPG und Übergabe des Grund und Bodens an die ehemaligen Junker und die Großgrundbesitzer. Also Liquidierung der sozialistischen Errungenschaften.

Die Presse der BRD hetzt zur Aggression gegen die DDR; das CDU-Sprachrohr „Rheinischer Merkur" propagiert Sabotage der Produktion und des Verkehrs; in der „Bonner Rundschau" werden die imperialistischen Mächte aufgerufen, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden".

An der Staatsgrenze zur DDR inspiziert der Chef der NATO-Landstreitkräfte Mitteleuropa, der frühere Nazigeneral Speidel, die „Aufmarschräume". Sieben Divisionen der Bundeswehr stehen zum Einsatz bereit. Die NATO-Einheiten in Europa werden in Alarmbereitschaft versetzt. Vieles erinnert an den Sommer 1939, als das faschistische Deutschland zur unmittelbaren Vorbereitung seiner Aggressionskriege übergegangen war.

Den Aggressoren Einhalt zu gebieten, die von Westberlin drohende Gefahr für den Frieden zu bannen erfordert, auch die militärische Macht des Sozialismus einzusetzen. Die Staaten des Warschauer Vertrages erörtern gemeinsame Maßnahmen. Die Volkskammer der DDR beauftragt den Ministerrat zu handeln. Am Nachmittag des 12. August unterzeichnet Walter Ulbricht als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates die notwendigen Einsatzbefehle. Im Auftrag des Politbüros des ZK der SED leitet Erich Honecker, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, die politische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der geplanten Sicherungsmaßnahmen.

In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 nehmen Einheiten und Verbände der Nationalen Volksar-

BESCHLUSS

des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Die Erhaltung des Friedens erfordert, dem Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorzuschieben und durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages den Weg zu öffnen für die Sicherung des Friedens und die Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, antiimperialistischer, neutraler Staat. Der Standpunkt der Bonner Regierung, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, kommt der Forderung gleich auf Freiheit für militärische Provokationen und Bürgerkriegsmaßnahmen. Diese imperialistische Politik, die unter der Maske des Antikommunismus geführt wird, ist die Fortsetzung der aggressiven Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus zur Zeit des dritten Reiches. Aus der Niederlage Hitler-Deutschlands im zweiten Weltkrieg hat die Bonner Regierung die Schlußfolgerung gezogen, daß die räuberische Politik des deutschen Monopolkapitals und seiner Hitler-Generale noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalstaatliche Politik verzichtet und Westdeutschland in einen NATO-Staat, in einen Satellitenstaat der USA verwandelt wurde.

Diese neuerliche Bedrohung des deutschen Volkes und der europäischen Völker durch den deutschen Militarismus konnte zu einer akuten Gefahr werden, weil in der westdeutschen Bundesrepublik und in der Frontstadt Westberlin die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzung des Militarismus und Nazismus fortlaufend gebrochen worden sind.

In Westdeutschland ist eine Verschärfung der Revanchepolitik mit sich steigernden Gebietsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands erfolgt.

Die westdeutschen Revanchisten und Militaristen mißbrauchen die Friedenspolitik der UdSSR und der Staaten des Warschauer Vertrages in der Deutschlandfrage, um durch feindliche Hetze, durch Abwerbung und Diversionstätigkeit nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch anderen Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zuzufügen.

Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen:

Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange Westberlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Überschreiten der Grenzen nach Westberlin einer besonderen Bescheinigung. Der Besuch von friedlichen Bürgern Westberlins in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin) ist unter Vorlage des Westberliner Personalausweises möglich. Revanchepolitikern und Agenten des westdeutschen Militarismus ist das Betreten der Hauptstadt der DDR (demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik im demokratischen Berlin

ERKLÄRUNG

der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages streben bereits seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland. Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage längst spruchreif ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der UdSSR mit vollem Einverständnis und voller Unterstützung aller Staaten, die der Warschauer Vertragsorganisation angehören, den Regierungen der Länder, die am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag gemacht, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage Westberlin durch die Verleihung des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu lösen. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen irgendwessen Interessen gerichtet und hat nur den Zweck, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und den Weltfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: Die Westmächte beantworten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistischen Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfachung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Pläne einer militärischen Teilmobilmachung bekanntgegeben. In einigen NATO-Ländern wurden sogar Pläne einer militärischen Invasion des Hoheitsgebietes der DDR veröffentlicht.

Die aggressiven Kräfte machen sich das Fehlen eines Friedensvertrages zunutze, um die Militarisierung Westdeutschlands zu forcieren und in beschleunigtem Tempo die Bundeswehr zu verstärken, wobei sie diese mit den modernsten Waffen ausrüsten. Die westdeutschen Revanchisten fordern offen, daß ihnen Kern- und Raketenwaffen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen der Westmächte …berlin ausgehende Wühltätigkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine unverzügliche Friedensregelung mit Deutschland gemacht haben. Diese Wühltätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Verbindungswegen zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht berühren.

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten verstehen natürlich, daß die Ergreifung von Schutzmaßnahmen an der Grenze Westberlins für die Bevölkerung gewisse Unbequemlichkeiten schafft, aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschließlich die Westmächte und vor allem die Regierung der Bundesrepublik. Wenn die Westberliner Grenze bisher offengehalten wurde, so geschah dies in der Hoffnung, daß die Westmächte den guten Willen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mißbrauchen würden. Sie



mee gemeinsam mit Kampfgruppen der Arbeiterklasse, der Grenzpolizei und der Volkspolizei, unterstützt von den in der DDR stationierten Truppen der Sowjetarmee, die bis dahin offene Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu Westberlin unter Kontrolle und verstärken den Schutz der Grenze zur BRD. Diese Operation ist genau geplant und sorgfältig organisiert.

Die Grenze zu Westberlin wird pioniermäßig befestigt. Als kompliziert erweist sich die Sicherung der 46 km langen Grenze in der Stadt, da diese teilweise auf der Straßenmitte, entlang von Häuserblocks, durch Laubenkolonien sowie quer durch die Spree und Kanäle verläuft. Dennoch, es wird geschafft. Rundfunk und Fernsehen sowie die Morgenzeitungen der DDR und Extrablätter unterrichten an diesem Sonntagmorgen die Berliner und die Bevölkerung der Republik über die Erklärung der Regierungen der Staaten des Warschauer Vertrages und den Beschluß des Ministerrates der DDR. Sie erläutern den Ernst der Lage, die Notwendigkeit der Schutzmaßnahmen und den Sinn der Aktion: Die Rettung des Friedens!

Parteiaktivtagungen der SED beraten über die neue Lage und über Schritte zur Unterstützung der Grenzsicherung. Operativstäbe in den Berliner Großbetrieben bereiten die Produktionsaufnahme für Montag vor. Die Planerfüllung ist zu gewährleisten, obwohl viele Arbeiter mit der Waffe in der Hand an der Grenze stehen.

Die meisten Bewohner der Hauptstadt Berlin nehmen die Sicherung der Grenze mit Zustimmung auf. Sie sprechen der SED und der Regierung der DDR das Vertrauen aus.

Für die Monopolisten, die Militaristen und Revanchisten, für die kalten Krieger ist der 13. August ein recht düsterer Sommertag. Trotz der vielen Geheimdienste und Spionageorganisationen kommt für sie die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Den Bundeskanzler reißt die Nachricht aus dem Bett. Der Regierende Bürgermeister von Westberlin wird auf der Fahrt zu einer Wahlveranstaltung nach Kiel davon unterrichtet. Da die Regierungschefs der drei Westmächte und die Chefs der NATO „nicht erreichbar" sind, ist guter Rat teuer. Eigene Aktionen kann Bonn nicht wagen. Brandt fordert „westliche Taten". Sie bleiben aus. Provokationen aufgeputschter Westberliner Bürger in den Nachmittagsstunden bleiben erfolglos.

Der deutsche Imperialismus hat seine schwerste Niederlage seit der Gründung der DDR erlitten. Er hat den sozialistischen deutschen Staat weder durch Embargo, Erpressung noch durch direkte militärische Bedrohung in die Knie zwingen können. Jetzt sind seine Möglichkeiten, den sozialistischen Aufbau in der DDR zu stören, noch entschiedener eingegrenzt. Die DDR hat sich als unlösbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems erwiesen. Der Sozialismus ist auch auf deutschem Boden zu einer unabänderlichen Tatsache geworden. Er hat seine Überlegenheit über den Kapitalismus bewiesen.



Das letzte Geleit oder die Opfer des 13. August

Eine GUTE BILANZ



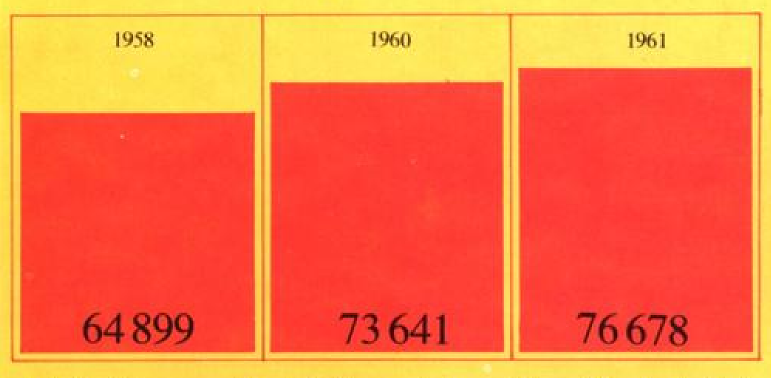
1962 in der Volkswirtschaft beschäftigt:
76,3% Arbeiter und Angestellte

7,0% Angehörige der Intelligenz

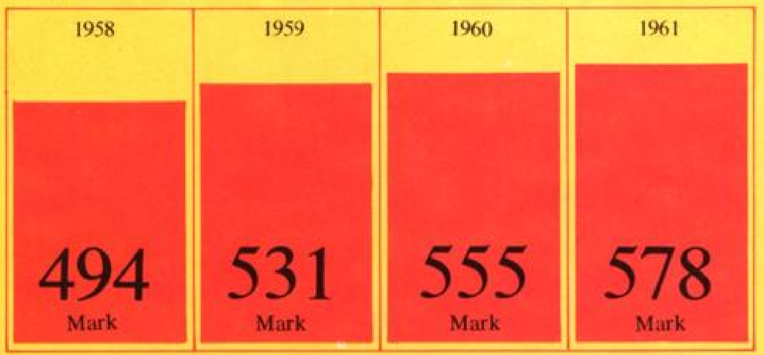
1,8% Mitglieder von PGH
2,2% private Handwerker und Gewerbetreibende
0,7% Kommissions- und private Einzelhändler

12,0% Genossenschaftsbauern

Nationaleinkommen in Millionen Mark



Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten (Durchschnitt im Monat)

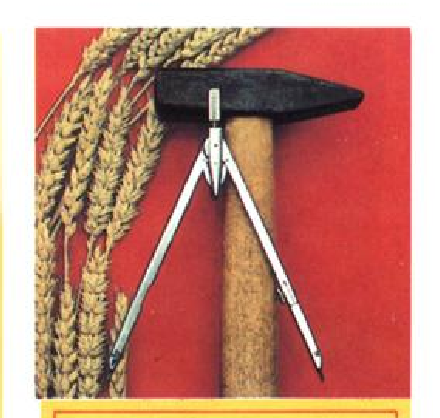


Bestand an Konsumgütern (Auswahl)

	1958	1961
Fernsehempfänger	jeder 20. Haushalt	jeder 4. Haushalt
Waschmaschine	jeder 63. Haushalt	jeder 11. Haushalt
Kühlschrank	jeder 48. Haushalt	jeder 11. Haushalt
Die Bevölkerung kaufte Industriewaren für	16,4 Milliarden Mark	21,4 Milliarden Mark

Anteil der Eigentumsformen am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts 1962 (in Prozent)

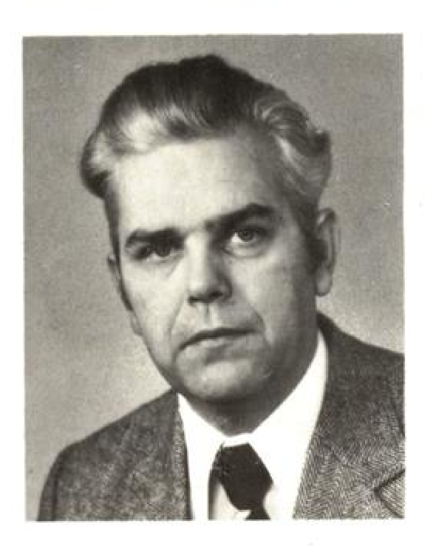
Sozialistisches Volkseigentum	Sozialistisches genossenschaftliches Eigentum	Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Betriebe mit Kommissionsvertrag	Private Betriebe
72,2	13,3	6,6	7,9



Anfang der sechziger Jahre wurde bei uns die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus abgeschlossen. Wir hatten die Grundlagen des Sozialismus geschaffen. In Industrie und Landwirtschaft hatten die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt. Ein stabiler sozialistischer Staat war entstanden, die Diktatur des Proletariats wurde im breiten Bündnis mit den anderen Werktätigen erfolgreich ausgeübt.
Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, waren wichtige Errungenschaften erreicht, aber natürlich war damit der Aufbau des Sozialismus nicht abgeschlossen. Wir nahmen – vor allem gemäß den Beschlüssen des VIII. und IX. Parteitages – die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Angriff. Das ist ohne Zweifel ein umfassender revolutionärer Prozeß. Wie die Erfahrung zeigt, haben wir in diesem Abschnitt unserer Geschichte Aufgaben zu lösen, die keinesfalls weniger kompliziert sind und keineswegs weniger revolutionären Elan erfordern als jene, die wir bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse gelöst haben.

Erich Honecker

Erich Honecker während seines Besuchs im größten Neubaugebiet der Hauptstadt, am 6. 7. 1978 Berlin-Marzahn.







Dr. Günter Möschner, geb. 1937, studierte Geschichte und Deutsch an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Dr. Josef Gabert, geb. 1941, absolvierte seine Ausbildung als Lehrer für Russisch und Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Dresden und Dr. Hans Meusel, geb. 1927, studierte Geschichte an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.
Die Autoren promovierten an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Sie sind am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED auf dem Gebiet Geschichte der SED und der DDR in den Jahren 1949 bis 1961 sowie Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung tätig. Dazu liegen mehrere Arbeiten der Autoren in Fachzeitschriften und Periodika vor.
Dr. Möschner ist Mitglied des Autorenkollektivs zur Vorbereitung der „Geschichte der SED. Abriß".

Herausgeber: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
Leiter des Redaktionskollegiums: Dr. Klaus Scheel, Dr. Wolfgang Büttner, Dr. Evemarie Badstübner-Peters
Verlagslektor: Ursula Sell
Verlagshersteller: Hildrun Jokisch
Gesamtgestaltung: Peter Schulz

Lizenz-Nr.: 206 · 435/181/79
P 102/79
Lichtsatz und Lithographie: INTERDRUCK Graphischer Großbetrieb Leipzig – III/18/97
Druck und Bindearbeit: Druckhaus Karl-Marx-Stadt
LSV 0269
Bestellnummer: 570 838 7
DDR 3,50 M

Aufnahmen: Kurt Klinger, Berlin, Dr. Horst Pietschmann, Rostock, Beate Sell, Berlin.
Der Verlag dankt für freundliche Unterstützung und Veröffentlichungsgenehmigungen dem ADN/ZB (Brüggemann, Eckleben, Großmann, Heilig, Junge, Koch, Kornmann, Krisch, Krueger, Leske, Link, Löwe, Martin, Mellahn, Quaschinski, Schlebeck, Schlegel, Schmidt, Schmiljun, Schneider, Schulz, Siegert, Sturm, Wittig, Zühlsdorf) ADN/TASS, Ines Meinicke, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, der Lausitzer Rundschau, dem Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Herrn Dr. Horst Pietschmann, Rostock, Herrn Berthold Schubert, Berlin, dem Verlag Junge Welt, Berlin, dem Verlag Neues Deutschland, Berlin (Arndt, Beier-Red, Böhnke).